

Er scheint täglich außer Montags...  
Wochenpreis: 2,00 Mark, monatlich 1,10 Mark, vierteljährlich 3,00 Mark, halbjährlich 5,50 Mark, jährlich 10,00 Mark. Einzelne Nummer 1 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Vollabonnement: 2,00 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragenes in der Post-Regulierungs-Vereinbarung für 1891 unter Nr. 6489.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Petition oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.  
Korrespondenz-Anschluß: Amt VI, Nr. 4106.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 6. November 1891.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

### Die Novelle zum Gesetze, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter.

Die dem Reichstage vorliegenden Abänderungsanträge zu dem Gesetze vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, haben für uns besonders nach der Richtung hin Bedeutung, als sie die freien Hilfsklassen betreffen.  
Ohne die freien Hilfsklassen in ihrer Wirksamkeit im Klassenkampfe der Arbeiter irgendwie zu überschätzen, ohne ihnen besonders eine weitergehende Bedeutung als Stützpunkt für die sozialdemokratische Bewegung beizulegen, nehmen wir doch an dem Fortbestand derselben in sofern Interesse, als diese Klassen, soweit sie nicht vom manchesterlichen „Freisinn“ gegründet und eingerichtet sind, um die Proletarier von der Verfolgung ihres Klasseninteresses abzuhalten, sondern dem freien Selbstentschlusse der Arbeiter ihren Ursprung verdanken, von ihnen selbständig errichtet und verwaltet werden, ein lebendiges Zeugnis ablegen für die Fähigkeit der arbeitenden Klasse, ihre eigenen Angelegenheiten selbständig zu führen.

Gerade das, was uns diese Klassen werthvoll macht, macht sie aber den Gegnern verhasst. Sie sehen diese Zeichen der Reife und Verwaltungsfähigkeit der Arbeiterklasse, der Klasse, von der sie behaupten, daß sie als „untere Klasse“ der Bevormundung durch die „oberen“ Klassen bedürfe und kein Recht habe, sich dieser Bevormundung zu entziehen mit wachsendem Mißtrauen.

Wir wissen uns noch der fortwährenden Angriffe und systematischen Belästigungen zu erinnern, durch welche diese freien Hilfsklassen sich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 15. Juni 1883 durcharbeiten mußten. Wir wissen noch, wie sie gezwungen wurden, sich ihr klares Recht durch eine lange Reihe von Prozessen und Beschwerden zu erkämpfen, bis sie endlich sich der Belästigungen erwehren konnten. Jetzt, nachdem ihnen mit dem bestehenden Rechte nicht mehr, wie man vielleicht hoffte, die Daseinsbedingungen abgegraben werden können, greift man zu einer Aenderung des Gesetzes, um neue Waffen gegen die freien Hilfsklassen zu erhalten. Der heute bestehende gesetzliche Zustand beruht auf dem „Zwangsklassen-System“. Jeder versicherungspflichtige Arbeiter muß der Krankenkasse angehören, welche für die Beschäftigung, in der er sich befindet, errichtet ist.

Das System wird durch die freien Hilfsklassen insofern durchbrochen, als die Mitglieder dieser Klassen von der Verpflichtung, den Zwangskassen anzugehören, ausgenommen sind; es bleibt ihnen aber die Berechtigung dazu unter der gesetzlichen Bedingung, daß im Falle der Doppelversicherung die Zwangskasse nur einen Zuschuß zu dem von der freien Hilfsklasse gezahlten Krankengelde gewährt bis zur Höhe des ortsüblichen Tagelohnes der Arbeiter-

klasse, der der Versicherte angehört. In der Praxis machte sich das so, daß der Arbeiter, der der freien Hilfsklasse angehörte, dies dem Betriebsunternehmer beim Antritt der Arbeit zur Kenntniß brachte. Er war dann von dem Beitrage zur Zwangskasse befreit und wurde nur auf ausdrücklichen Wunsch Mitglied derselben.  
Wir haben von keiner Seite gehört, daß aus diesem Zustande irgend wie nach einer oder nach der anderen Seite hin Mißstände sich bemerkbar gemacht haben; die offiziellen und versteckt amtlichen Veröffentlichungen, die sich auf den Abänderungsantrag beziehen, haben auch keine solche Mißstände irgendwie hervorgehoben.

Tennoch will man das Verhältnis umkehren. Das Mitglied der freien Hilfsklasse soll beim Eintritt in die Beschäftigung nicht durch den Nachweis der Zugehörigkeit zur Hilfsklasse allein vom Beitritt zur Zwangskasse entbunden sein, sondern es soll ausdrücklich einen „Antrag“ stellen, nicht in der Zwangskasse aufgenommen zu werden.

Es erscheint das auf den ersten Blick als eine ganz bedeutungslose Förmlichkeit, die Praxis kann eine solche Vorschrift aber zu einer schweren Schädigung der Hilfsklassen machen. Der nicht mit den feinen förmlichen Kniffen unserer bürokratischen Verwaltung vertraute Arbeiter wird leicht, wenn er sein Kassenbuch der freien Hilfskasse beim Arbeitsantritte vorzeigt, glauben, damit genug gethan zu haben, und den ausdrücklichen „Antrag“ nicht in der Zwangskasse aufgenommen zu werden, unterlassen. Er wird also zur Zwangskasse angemeldet und — ist jetzt in derselben fest. Um auszutreten, muß er drei Monate vor dem Rechnungsschlusse der Zwangskasse seine Mitgliedschaft kündigen. Er muß in der Zwischenzeit wider seinen Willen zu zwei Kassen steuern. Aus der einen, der Zwangskasse, kann er nicht wieder heraus, aus der anderen, der freien Hilfskasse, kann er nach Belieben austreten. Wenn ihm also der Beitrag zu zwei Kassen zu schwer wird, muß er aus der freien Hilfskasse austreten.

Das ist es, was man erreichen will, und was man in vielen Fällen auch sicher erreichen wird.  
In vielen, aber vielleicht in weniger Fällen als man erwartet. Die freien Hilfsklassen werden den Zug pariren. Darüber uns zu äußern, behalten wir uns vor, wenn die Zeit dazu kommen wird.

Schwerer wiegend ist ein anderer Angriff auf die freien Hilfsklassen.  
Die freien Hilfsklassen leisten ihren Mitgliedern statt der im Gesetze den Zwangskassen aufgelegten freien ärztlichen Behandlung und Arznei, einen Geldzuschuß in Höhe der Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes.

Die Klassen haben daneben in der Regel Einrichtungen getroffen, die ihren Mitgliedern die Beschaffung von ärztlicher Hilfe und Medikamenten so erleichtern, daß sie an dem erhöhten Krankengelde einen namhaften Vortheil haben, der ihrer und ihrer Familien Ernährung während der Krankheit wesentlich zu gute kommt. Abgesehen davon, sichert die Einrichtung bei der freien Hilfsklasse dem Kranken die freie Wahl des Arztes, und macht eine sparsame Verwendung von Arzneien nicht zum Schaden des Kranken zur Regel. Die versicherten Arbeiter haben bis heut darin, daß sie statt freier Arznei und freier ärztlicher Behandlung ein erhöhtes Krankengeld erhielten, einen wesentlichen Vortheil der freien Hilfsklassen gesehen. Da die Mitglieder der freien Klassen aber ohne Zweifel aus dem weitans intelligentesten Theile der Arbeiter herkommen, kann man nicht annehmen, daß sie über ihren Vortheil sich werden getäuscht haben.

Nun kommt die Regierung und findet, daß die freien Hilfsklassen ihren Mitgliedern, die mit der Leistung vollauf zufrieden sind, zu wenig leisten.  
Man hat im Jahre 1886 Erhebungen angestellt bei den Zwangskassen, und man will da gefunden haben, daß die für die Gewährung freier ärztlicher Behandlung und Arznei bei der Gemeinde-Krankenversicherung und sämtlichen gesetzlichen Kassen aufgewendeten Kosten durchschnittlich die Summe des gezahlten Krankengeldes übersteigen, und selbst bei den Orts-Krankenkassen, welche in dieser Beziehung die günstigsten Verhältnisse aufweisen, hinter diesem Betrag nur um ein geringes zurückbleiben.

Aus dieser Ermittlung schließt man, daß die freien Hilfsklassen nicht das gesetzliche Mindestmaß der Krankenunterstützung leisten, wenn sie nur die Hälfte des Krankengeldes an Stelle von freier ärztlicher Behandlung und Medizin geben.  
Der Beweis, daß in der privaten Abmachung mit den Ärzten eine solche Verbilligung der Arztkosten nicht erreicht werden kann, um den Unterschied vielleicht noch zum Vortheil der freien Hilfsklassen auszugleichen, wird garnicht versucht. Nun ist es aber notorisch, daß gerade durch die schablonenmäßige Behandlung der Kranken durch die Zwangskasse, wodurch die Ansprüche der Ärzte ins ungeheuerliche gesteigert wurden, eine sehr erhebliche Verschönerung der ärztlichen Behandlung der versicherten Kranken entstanden ist, daß die private ärztliche Behandlung sich weit billiger stellt.

Sehen wir davon ab. Es mag einmal angenommen werden, die freien Hilfsklassen leisten für freie ärztliche Behandlung und Arznei zu wenig, so würde daraus doch nur folgen, daß man den dafür zu gewährenden Geldbetrag erhöht. Offenbar ist die Einrichtung bei den freien Hilfsklassen von den Versicherten nicht für eine Schädigung empfunden, sonst wären sie ausgetreten. Man gebe ihnen mehr, sie werden es um so lieber nehmen. Nein, das will man nicht. Dadurch würden ja die freien Hilfsklassen noch anziehender für die Arbeiter gemacht.  
Weil die Zwangskassen durch ihre bürokratische Verwaltung ärztliche Hilfe und Arznei übertrieben theuer bezahlen müssen, so daß es oft scheint, als ob das Krankenversicherungs-Gesetz nicht zum Vortheil

Zone hinzu, abgleich er um seine Tochter zu beruhigen, eine lustige und ruhige Miene zu machen suchte.  
— Du willst noch einmal fortgehen, Vater?  
Du bist krank, es ist spät und das Wetter ist schlecht, sieh doch... Charlotte war an das Fenster gegangen, hatte es geöffnet; die eisige Luft war in das kleine Zimmer gedrungen, wobei der Nebel mit hinein wogte.  
— Ich muß ausgehen, ich hab's versprochen und will mein Wort nicht brechen.  
Sei ohne Unruhe, ich werde mich gut verpacken.  
— Du willst noch in eine Gesellschaft, in einen Klub gehen? Wenn Du willst, wie trancig und unruhig ich bin, wenn Du Abends fortgehst, um erst spät in der Nacht heimzufahren.  
Und wozu diese ganze Unruhe? Du bist alt und hast Deinem Körper genug zugemuthet. Glaubst Du, daß man Dich für alle die Mühen belohnen wird, denen Du Dich unterzieht? Oder für die klugen Pläne, die zu entwerfen Du nicht müde wirst?  
Doch nein, Vater, die Arbeiter haben sich drei Tage lang geschlagen und zur Nacht verholten Bürgern, Journalisten, Advokaten, Gelehrten, welche sich nicht mehr mit denen beschäftigen, die auf den Barricaden gekämpft haben. Denen besorgen nicht für Arbeit, sondern lassen sie vor Hunger sterben!  
— Vielleicht hast Du Recht, Töchterchen, aber ich will meine Pflicht bis zum Ende thun.  
Wenn man thut, was man für gerecht und für nothwendig hält, so hat man sich nichts vorzuwerfen und kann ruhig sterben.

### Feuilleton.

#### Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

Das junge Mädchen sah beunruhigt aus.  
— Guten Abend, Vater, rief sie mit ihrer Silberstimme, ich habe mich geängstigt, wie spät Du heute Abend zurückkommst. Mit Mühe hatte Marche-Seul die letzten Stufen erstiegen. Sein Athem ging kurz, er leuchtete und schloß mit der Hand nach der Magengegend, wo er an dem unvergesslichen Abend des 24. Februar den heftigen Stoß mit dem Hintenkolben erhalten hatte.

Charlotte hatte diese Bewegung bemerkt. Sie eilte zu ihrem Vater hin, legte ihren Arm um seinen Hals und während sie seine Stirn mit Küßen bedeckte, rief sie aus:  
— O, der böse Vater, welcher leidet, noch krank ist und mehr als gewöhnlich arbeitet, um seiner Tochter Sorgen zu machen.

Böser, böser Papa!  
Da Marche-Seul athemlos, gepeinigt von schrecklichem Schmerz, der ihm die Brust zerriß, unfähig zu reden und sich auf den Füßen zu halten, nicht die Kraft hatte, ihr die Küsse zurückzugeben, mit denen sie seine Stirn bedeckte, so schrie sie: Aber, Vater, was fehlt Dir? Deine Hände sind kalt wie Eis und Dein Kopf glüht. Komme rasch herein!

— Rasch ans Feuer! Siehe, der Ofen ist durchwärmt und das Essen wird bald kalt werden.  
Ich habe eine kleine, gute Mahlzeit und besonders eine kräftige Fleischsuppe zubereitet.  
Marche-Seul war mit Mühe bis in die Mitte des Zimmers gekommen und hatte sich fast ohnmächtig auf einen Stuhl niedergelassen.  
Aber als er den Schmerz und die Verzweiflung, seiner Tochter bemerkte, machte er eine heftige Anstrengung, seine Schwäche zu unterdrücken und sein Leiden zu beherrschen. Nun kind, beruhige Dich nicht. Es ist ein wenig Ermüdung. Dann hat mir auch dieser verdammte Nebel den Hals angegriffen, als ich nach Hause ging. Es wird nichts zu bedeuten haben, die Wärme und das Essen werden mich vollständig wieder herstellen.  
Ich bin nun einmal nicht mehr jung...  
— Und deshalb willst Du Dich nun so schnell ins Grab bringen!  
Was wird dann aus mir werden, wenn ich ganz allein bin?  
Du liebst mich also nicht mehr?  
Da sie sich zu ihrem Vater hingebeugt hatte und ihr Haupt innig an seine Brust drückte, legte Marche-Seul seinen Arm um ihre Taille und sprach:  
— Ich sollte Dich nicht mehr lieben? Wie kannst Du solche Dinge sagen? ...  
Wenn Du mich nicht mehr liebst, so würde ich sterben, Charlotte, denn Du bist mein einziger Trost, meine einzige Hoffnung... Er unterbrach seine Rede um sie zu küssen.  
— Nun, ich fühle mich besser... sehen wir uns zu Tische. Ich muß bald wieder fortgehen, sagte er in bitterem

ber Arbeiter sondern als Versorgungsanstalt für Ärzte wirken solle, deshalb soll den freien Hilfsklassen-Mitgliedern der Vortheil besserer Wirtschaft entzogen werden, sie sollen dasselbe zur „Hebung des ärztlichen Gewerbes“ beitragen, wie die Zwangsklassen, sie sollen auch freie ärztliche Behandlung und Arznei in Natura geben, obgleich ihren Mitgliedern damit garnicht gedient ist.

Dass dadurch der Vortheil, den die freien Hilfsklassen ihren Mitgliedern bieten, verringert und ihre Verwaltungskosten erhöht werden, sie also höhere Beiträge erheben müssten, das ist natürlich. Hier würde der Zweck sicherer erreicht werden, damit würden die freien Hilfsklassen geschädigt, und diesen Streich abzuweisen, würde ihnen recht schwer werden. Es würde ihnen dann wahrscheinlich eine Umformung in Unterhaltungsklassen zweckmäßig erscheinen, wenn nicht die Gesetzgebung die Bildung solcher Klassen wesentlich erschwerete, da sie als solche der Willkür der Genehmigung durch die Landespolizei-Behörde ausgesetzt sind.

Der mit der Krankenlassen-Novelle verfolgte Zweck ist also offensichtlich der, den freien Hilfsklassen, als gesetzlichen Klassen, die Existenz zu untergraben, ihnen das Lebenslicht auszublauen. Diese Art von Gesetzgebung nennt der Herr Minister von Bötticher, auf dessen Konto die neue Novelle in erster Linie zu setzen ist, gleiche Vertheilung von Licht und Schatten. Nun, unsere Abgeordnete werden die Gelegenheit wohl nicht vorüber gehen lassen, um diese „Theilerei“ des Herrn von Bötticher in das gebührende Licht zu stellen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. November.

Der Reichstag wird sich unmittelbar nach seinem Wiederausammentritt mit dem Chemnitzer Attentat auf seine Privilegien zu beschäftigen haben. Dass der Prozess gegen den Abgeordneten Schmidt von Anfang bis zu Ende verfassungswidrig und ungesetzlich war — darüber kann nicht der leiseste Zweifel obwalten. Und aus der Ungesetzlichkeit des Verfahrens ergibt sich mit zwingender Logik die Ungesetzlichkeit des gefällten Urtheils. Das Urtheil gegen Schmidt ist einfach nicht zu Recht bestehend. Es ist gerade soviel werth, als das Urtheil einer beliebigen Allgesellschaft wäre, die — wie das ja in Allgesellschaften mitunter vorkommt — eine Prozessverhandlung zum Spaß aufzuführt. Wie der Reichstag vorzugehen hat, darüber wollen wir uns nicht aussprechen. Gewiss ist: dass nicht nur die Annullirung des Urtheils erfolgen muß, sondern auch die exemplarische Bestrafung der Chemnitzer Richter, die sich dieses schändlichen Verfassungsbruches schuldig gemacht haben. Es muß gezeigt werden, daß der Richterstuhl keine Freistätte ist für Ungesetzlichkeit und Ausbrüche des Parteifanatismus.

Die Mehrforderungen für Artillerie sollen, nach den neuesten, mit großer Zuversichtlichkeit auftretenden Mittheilungen sich „blos“ auf 110 Millionen Mark belaufen. Wie hoch die sonstigen Mehrforderungen sind, wird leider nicht gesagt. Und unter allen Umständen ist festzuhalten, daß jede Mehrforderung, und sei sie noch so riesenhaft, nur die Vorläuferin ist für weitere Mehrforderungen. Wir haben es mit einer Schraube ohne Ende zu thun, die man entweder zerbrechen oder bis zum Ende funktionieren lassen muß — das heißt bis zum Ende des letzten Groschens — bis zum allgemeinen Bankerott und Kladderadatsch.

Aus Köln kommt die sehr auffällige Nachricht einer standrechtlichen Erschießung. Wie die Kölnische Volkszeitung meldet, wurde im dortigen Fort Wüngerdsdorf, ein Marinefeldat wegen schweren Vergehens gegen Vorgesetzte standrechtlich erschossen. Unseres Wissens ist dies in Deutschland der erste Fall standrechtlicher Erschießung seit dem letzten Krieg. Die Anwendung des Standrechts mitten im Frieden steht in solch schneidendem Widerspruch mit dem Rechtsgefühl und den Rechtsbegriffen des Volks, daß eine Aufklärung bringend notwendig erscheint.

Marche-Seul hatte sich vom Stuhl erhoben und ging langsam nach dem Tisch. Er blieb stehen. Seine Augen waren gesenkt, sein Blick auf den Fußboden gerichtet. Endlich richtete er sich in die Höhe. Charlotte betrachtete ihn, erstaunt über die freundliche und zugleich feierliche Hoheit des Greises, der seine gebrochene Gestalt wieder aufgerichtet hatte. Der Blick war ruhig und tief. Der Mund hatte seinen häßlichen Zug verloren und das Gesicht seine gewöhnliche Härte. Seine Pfläglichkeit erschien jetzt imponierend, und seine Stimme reicher, da ein Strom von dem Blut der Jugend in den Kopf stieg und sein Herz heftig schlagen ließ. Er sprach ernst und klangvoll die folgenden Worte:

— Was liegt am Ende daran, daß man mich heute hört? Meine Freunde und ich, wir saßen Ideen der Gerechtigkeit. Die Saat des Landmanns fällt im November in die Furchen und verschwindet unter der Erde, bald aber leimt sie, wächst triumphirend in die Höhe, und wenn der Sommer kommt, so erntet man.

Die Ideen der Gerechtigkeit werden auch emporkeimen. Man glaubt sie zu ersticken unter Verachtung und Flintenkegeln. Das in Strömen vergossene Blut der Arbeiter wird sie bewässern und die Gegenwart befruchten. Die, welche nach uns kommen, werden ernten, was wir gesät haben.

Er hatte die Hand an seine Stirn geführt. Charlotte, der das Herz von trübem Aonungen schwer war, wargte das Nachdenken ihres Vaters nicht zu stören. Es drängte sie zu weinen, doch sie war stark. Sie unterdrückte das Schluchzen, welches ihr die Kehle zusammenschürzte, und die Thränen, welche wie glänzende Demanten in ihren langen Wimpern perlen. Sie begriff, ihr Vater liebte sie und er liebte das Volk ebenso wie sie. Eine hohe Bewunderung ergriff sie für den Greis, der vom Alter, von der Arbeit und von unfählichen Schmerzen, deren Ursache sie nicht kannte, erschöpft war.

In heftiger Bewegung stürzte sie auf ihn zu und ihn umschlingend sprach sie zu ihm:

Der Beruf, in welchen die deutsche Kolonialpolitik gekommen ist, hat bei den wenigen Anhängern, die sie noch hat, den Plan entstehen lassen, im Reichstag aus den verschiedenen Parteien eine sogenannte „freie Vereinigung“ zur Förderung kolonialpolitischer Dinge zu gründen. Wir haben gegen den Vorschlag nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß eine Bedingung erfüllt wird: nämlich, daß die Mitglieder der freien Vereinigung auch die Kosten der Kolonialpolitik persönlich übernehmen. Kurz, gleich der Religion in unserem Programm, werde die Kolonialpolitik zur Privatsache erklärt. Dann mögen die Liebhaber so viel Kolonialpolitik treiben, wie sie nur wollen. Jeder nach seinem Geschmaad. Nur verschone man das deutsche Volk! —

Den nothleidenden Grubenbesitzern ist in erster Stunde in der Person des Bergwerksdirektors Kleine eine unerwartete Bundesgenossenschaft entstanden. Am Montag hielt der westfälische Kohlenverkaufs-Verein eine Sitzung in Bochum, in welcher die Höhe der Kohlenpreise des Syndikats pro November/Dezember fixirt wurden. Damit nun die Herren Kohlenbarone ohne Rücksichtnahme auf das Gedeihen anderer Industrien ihre künstlich hochgehaltenen Preise auch dem Ansturm der Herren Stamm, Richter und Krüpp gegenüber aufrecht erhalten können, hat genommener Herr eine Statistik aufgemacht, die wohl das Gewaltsamste ist, das auf diesem Gebiete bis dato geleistet worden und selbst die hohen Leistungen unserer Kathederprofessoren in den Schatten stellt.

Nach Kleine giebt es im Dortmunder Revier 82 Bergwerke mit 36 980 Arbeitern, denen die Herstellungskosten der Tonne Kohlen 5,6 M. auskommt, 43 Bergwerke mit 38 623 Arbeitern, denen die Tonne 7 M. und 100 Bechen mit 52 191 Arbeitern, denen die Tonne 8,4 M. kostet.

Herr Klein behauptet nun, der Durchschnitts-Verkaufspreis der Dortmunder Kohlenverkaufs-Vereine habe sich auf 8,79 M. pro Tonne im ersten Geschäftsjahre (1 Septbr. 90 bis 1 Juli 91) gestellt, und deduzirt daraus, daß die Mehrzahl der Bechen heute nur einen geringen Ueberschuss erzielen, der das Anlagekapital nicht angemessen verjüngen könne, und warnt ferner die Grubenbesitzer, Konzessionen in Preise zu machen, damit jene 100 Bechen lebensfähig bleiben können.

Daß die sogen. Statistik nicht richtig sein kann, beweist der flüchtigste Blick auf den Kurzzettel, der bei ausnahmslos allen Bergwerken glänzende Erträge für den genannten Zeitraum ausweist. Der Interessentatistiker übergeht einfach die Zahlen, welche Aufschluß geben über die Mengen verfügbarer Gieserei und Schmelzloafs, der ganz beträchtlich höhere Preise erzielt als der gewöhnliche Hochofenloafs, den Herr Klein im Auge hat. Fast jede einzelne Zeche hat neben den Hochofenloafs auch bessere Sorten, und diese besseren Sorten sind es, welche den Bechen nicht 0,89 M. pro Tonne sondern volle 5,6 M. und darüber Nutzen lassen. Ueber dies Verhältniß der Kohlenarten mit allgemeinen Redensarten hinwegzugehen, das geht nicht. Auch fehlt jede Angabe darüber, wie groß der Antheil der im letzten Jahre systematisch durchgeführten Entwidlung und des Weiterausbaues der Zechen an einer Vertheuerung der Förderungskosten gewesen ist. Die famose Statistik ist also, weil wichtige Faktoren außer Betracht gelassen, werthlos. Sie erinnert lebhaft an die Entbehrungsstatistiken unserer Agrarier. Wahrscheinlich wird die lächerhafte Kleine'sche Statistik die Richtungslosigkeit der Grubenbarone kräftig stützen und somit ihren Zweck erfüllen.

In Wahrheit schmelzen die Herren Bechenbesitzer im ombarras de richesso. Die Hibernia-Zeche z. B. meldet folgenden:

„Wir förderten vom Januar bis Oktober 82 111 Tonnen mehr, und haben auch diese Mehrförderung voll und ganz zu befriedigenden Preisen abgesetzt.“

Die Harpener Gesellschaft hat der Meldung nicht widersprochen, daß man für das laufende Geschäftsjahr einen Gewinn von 9 bis 10 Millionen Mark erwarte.

Die Arenberger Gesellschaft, die 80 pCt. Dividende für 1890 vertheilte, hat nach der „Frankfurter Zeitung“ in den drei ersten Quartalen 1891 noch wesentlich höhere Erträgnisse erzielt und könnte noch mehr Dividende als 80 pCt. vertheilen.

— Vater, verzeihe mir, ich liebe Dich noch mehr wie früher!

— Du hast Recht. Man muß es den Arbeitern sagen und immer wiederholen, daß sie die die Herren sein müssen, damit sie glücklich sind, und guten Menschen nicht das Weinen antkommt, wie es oft mir passiert, wenn man auf den Straßen die Frauen und die kleinen Kinder bleich und abgemagert sieht.

Ich werde Dich nicht mehr zurückhalten. Du sollst gehen, ohne daß ein Wort des Bedauerns und der Traurigkeit meinem Munde entfährt, und Du sollst mich stets bei Deiner Rückkehr lächelnd finden, um Dich für Deine Leiden zu trösten, und wenn Du müde bist, Dir Erholung zu verschaffen.

— Tapfere Tochter, schluchzte Marche-Seul, indem er Charlotte umarmte. Dann entwand er säh ihren Armen und sprach:

— Aber wir sind nährlich! Ich habe Eile und das Essen wird kalt. Gehn wir zu Tisch; ich habe nur noch zehn Minuten übrig. Stillschweigend begannen sie zu essen, alle beide in traurige Gedanken versunken.

Als Marche-Seul wieder zu sich kam, stieg in ihm die Erinnerung an Collard auf, er wurde ängstlich. Seine Gedanken hinderten ihn am Essen. Ein beklemmendes Angestgefühl ergriff ihn. Was wünschte dieser Klende noch von ihm? Was wollte er ihm sagen, was vielleicht von fordern? Er fühlte sich schwach, fast kraftlos, wenn er sich daran erinnerte, daß Collard seine Vergangenheit kannte, daß er wußte, daß Charlotte nicht seine Tochter war, und daß er ihr sagen könnte, wo ihre Mutter sich befand. Ein Wort dieses Polizeispions konnte alle seine Zukunftspläne scheitern machen, seine Existenz vernichten. Darauf rechnete sein Feind bestimmt. Hätte er nicht in seinen Händen eine mächtige Waffe geführt, er würde nicht gewagt haben, seinen Zorn herauszufordern. Verzweiflung ergriff ihn bei dem Gedanken, daß sogar das Verschwinden, das plötzliche und gewaltthätige Verschwinden Collards die Situation nur drückender machen könnte, anstatt sie zu verbessern.

Ja, was würde er von ihm verlangen? Er zitterte,

So sieht die „Nothlage“ der Kohlenbarone aus, bei jeder Gelegenheit über die hohen Arbeitslöhne jauchend. So, und nicht anders, Herr Bergwerksdirektor-Statistiker!

Moloch Kapital ist unerfättlich und die gerühmte Sozialreform ist nicht einmal gemißt, die Frauen und Kinder seinem Nachen zu entreizen. Wo das Arbeiterschutzesetz noch Bestimmungen zur Einschränkung der Frauenarbeit hat, gewährt es durch andere Bestimmungen wiederum die Möglichkeit, jene zu beseitigen. Regierungsseitig sind von einzelnen wirtschaftlichen Vereinigungen Vorschläge zur Regelung der Ausnahme-Bestimmungen auf Grund des § 139 a der neuen Gewerbe-Ordnungs-Novelle verlangt worden. Wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ hören, wird der ober-schlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, für dessen Bezirk namentlich die Nachtbeschäftigung der Frauen im Interesse der Erwerbsverhältnisse der Arbeiterinnen (wohl richtiger im Interesse der profitgierigen Grubenbarone) dringend erwünscht sei, wenn denselben möglichst alle bisher stattgehabten Nachtarbeiten auch weiterhin gestattet würden, daß aber, wenn dies nicht zu erreichen sei, in erster Linie und mit dem größten Nachdruck die Weitergestaltung zu beantragen sei, auch im Interesse der Leistungsfähigkeit der betreffenden Industriezweige, im Steinlohlen-Bergbau für alle mit der Schachtförderung, Separation und Verladung zusammenhängenden Arbeiten, im Zink- und Bleierz-Bergbau für alle mit der Aufbereitung zusammenhängenden Arbeiten, beim Hochofen- sowie Kokereibetrieb, endlich für alle diejenigen Arbeiten, welche mit dem Verladen und Transport der verschiedenen Materialien zusammenhängen.

Wenn das Kapital jede Lücke, jedes Schlupfloch, welches das Gesetz ihm läßt, zu seinen ausbeuterischen Zwecken benutz, und den Arbeiterschutzeschutz illusorisch zu machen beflissen ist, so folgt es nur seiner immerhin Natur. Die Schuld liegt an der Gesetzgebung, die solche Lücken und Schlupflöcher läßt.

Es muß etwas geschehen! Aber was? rief Pastor Philipp in der letzten Versammlung des Städtischen „Männerbunds zur Bekämpfung der Unsitlichkeit“ aus.

In diesen Worten ist die ganze lange Rede des Herrn Philipp, und die ebenso lange, bei dem gleichen Anlaß gehaltene Rede seines Kollegen Keller enthalten. „Es muß etwas geschehen!“ Jüchterliche Zustände. Schmutz und Hünis. Geht's so weiter, dann erstickt die ganze Gesellschaft in ihrem Schmutz. Das Christentum ist nicht mehr lebendig in der Welt. Die Frau, das Mädchen allein für die „Sünde“ verantwortlich machen, ist ungerecht. Der Mann gehört doch auch zur „Sünde“. Man kann aber die „Sünder“ und „Sünderinnen“ nicht alle tod schlagen oder ins Zuchthaus stecken. Was würde dann aus der „Gesellschaft“ werden? Es gäbe gar keine „Gesellschaft“ mehr — sie wäre todgeschlagen oder säße im Zuchthaus. Doch, etwas muß geschehen! Aber was? Ja aber was?

Da steht der Pastor Philipp, gleich seinem Kollegen Keller und gleich der ganzen „Gesellschaft“ rathlos da, wie der Ochs am Berge — man verzeihe den etwas unparlamentarischen Ausdruck, es ist der passendste, den wir finden können und gutes deutliches Volksdeutsch. Rathlos steht er da, der fromme Pastor — rathlos stehen sie alle da, welche die Welt von der Prostitution befreien wollen. Und rathlos werden sie dastehen bleiben, bis zu dem Tag, da der sozialen Kurpfuscheri ein Ende gemacht und die „kranke Gesellschaft“ von wirklichen Ärzten in Behandlung genommen wird.

Das prächtige: „Es muß etwas geschehen! Aber was?“ des Pastor Philipp empfehlen wir als Motto für Alles, was jetzt gegen die Prostitution und das Juchthaus geredet, geschrieben und geplant wird.

Im Interesse der Nationalität hat man die Russen und Polen aus Deutschland zu vielen Tausenden vertrieben. Da aber der Moloch Kapitalismus billige Arbeiter braucht, hat man sie wieder ins Land hereingelockt, um sie wieder fortzuschagen, wenn man sie nicht mehr braucht. Zu welchen Resultaten das führt, sieht man aus dem, was die „Schlesische Zeitung“ berichtet. Sie schreibt:

denn er konnte den Gedanken nicht los werden, daß er ihm einen schimpflichen Verrath zumuthen werde, in der Hoffnung auf die tiefe unwandelbare Liebe, die er zu Charlotte hatte.

Und er stieß die Speisen zurück, die sich vor ihm befanden, Hunger hatte er keinen, oder genauer gesagt, er fühlte sich absolut unfähig zu essen.

— Aber ich doch, Vater, ich doch, seit Mittag hast Du nichts zu Dir genommen und ich weiß, daß Dir Herr Philibert anempfohlen hat, Kräfte zu sammeln.

— Ich habe keinen Hunger, ich fühle mich heut Abend nicht wohl. Ich werde mich zu sehr angeanstrengt haben, und dieses verunsicherte Uebel...

— Nein, Vater sprich offen, Du bist in Deinem Inneren mit etwas beschäftigt und dies ist es, was Dir den Appetit raubt. Du müßt Dich ein wenig zwingen.

Still, thu' mir einen Gefallen, ich Deine Suppe und trink ein Schlüßchen unvermischten Wein, das wird Dich wieder auf die Beine bringen. Wenn man viel Arbeit hat, und dieselbe mühselig ist, so muß man sich stärken, versteinst Du?

— Ja, aber ich leide...

Bei diesen Worten hatte Marche-Seul einen Blick auf die Wanduhr geworfen, die ihr gewöhnliches Tictack hören ließ.

Er stand auf und stürzte einen Schluck Wein herunter, welchen Charlotte ihm soeben eingegossen hatte. Seine Stirn war noch flüsterer geworden, aber sein ganzes Wesen sah entschlossen und lähn aus. Es fehlten nur noch drei Minuten zu halb Neun. Ich habe keine Sekunde zu verlieren, wenn ich rechtzeitig dort ankommen will, wohin man mich bestellt hat.

Schnell, Tochterchen, meinen Ueberrock!

Charlottes hatte sich erhoben und den Ueberzieher ihres Vaters ergriffen und sprach, indem sie ihm mit großer Vorsicht beim Anziehen half, mit reizender Schmolmühe:

— Kom nicht zu spät heim und hüte Dich vor Erkältung. Ich werde ein wenig Bräse auf den Ofen stellen, damit Du Dich erwärmst, wenn Du nach Hause kommst.

(Fortsetzung folgt.)

Mit dem 1. November ist die Frist zur Beschäftigung russisch-polnischer Arbeiter in der diesseitigen Landwirtschaft abgelaufen, und die Arbeitgeber haben dafür Sorge zu tragen, dass die angeworbenen Leute wieder in ihre Heimath zurückkehren. In Ostpreußen ist indeß, in Anbetracht des großen Arbeitermangels, das Verbleiben der russischen Arbeiter über den 1. November hinaus gestattet worden. Ueber 100 russische Arbeiter werden allein beim Bahnbau Tilsit-Pillkallen-Stallungen weiter beschäftigt. In Ganges hat man mit den russischen Arbeitern keine günstigen Erfahrungen gemacht. Sie zeigten sich wenig zuverlässig; Kontraktbrüche kamen häufig vor. Als Rechte und Mängel waren sie nicht festzuhalten. In vielen Fällen haben die Leute den Dienst nach Verübung von Diebstählen heimlich verlassen.

Den deutschen Arbeiter hat man aus der Heimath durch schlechte Bezahlung und Löhnung getrieben. Ueber die an ihre Stelle Geworbenen erhebt man jetzt Klage und mündert sich, daß Arbeiter, die man mit der ausgesprochenen Absicht wirbt, sie, wenn man sie nicht mehr braucht, aus dem Lande zu jagen, sich für diese treuen Herren nicht aufopfern mögen. Es zeigt sich hier so recht deutlich die schamlose Heuchelei, die sich den Arbeitern gegenüber mit so vielem „sittlichen“ Pathos aufspielt, wo es sich doch nur um profitstüchtige Ausbeutung handelt.

Die polnische Nationalität zeigt überhaupt eine sehr bedeutende Lebenskraft — sowohl in Rußland, als auch in Oesterreich und Preußen haben sie sich rascher vermehrt als irgend eine andere Nationalität dieser drei Staaten. Die „Magdeburger Zeitung“ fügt einer Zusammenstellung der betreffenden statistischen Ziffern die Bemerkung hinzu:

Die Thatsachen, daß die Polen sich fast jedes Jahr um 1,5 pCt. vermehren, daß sie eine staunenswerthe Lebenskraft und ein stark entwickeltes Nationalgefühl allerorts zeigen, beweist, daß es ein großer Irrthum ist, wenn man diesen slavischen Volksstamm für gedrohen, für zertrümmert hält. Entwidelt das Volkenthum sich so weiter, wie es sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, so kann es wohl noch einmal eine wichtige Rolle in der Geschichte spielen.

Daran haben wir nie gezweifelt. Und sollte Rußland das verweigerte Wagniß eines Kriegs gegen Deutschland unternehmen, so wird es über Polen stolpern und zu Fall kommen.

In Oesterreich muß die Regierung in arger Verlegenheit sein. Neulich „Attentat“ in Galizien. Jetzt „Attentat“ in Transleithanien. Man telegraphirt heute — für solchen Quark ist der Telegraph immer zu haben —: „In Droschba (Ungarn) wurde ein Komplott entdeckt; der aufgelöste Arbeiterklub beabsichtigte nach dem Mörder des Rosenthaler Attentats ein Verbrechen auszuführen. Der Arbeiter Franz Mari war eigens nach Budapest gereist, wo er verhaftet wurde.“

„Komplott“, „Arbeiterklub“, „Attentat nach Muster des Rosenthaler“, — wie hübsch das zusammenpaßt! Und dieser „Arbeiter Franz Mari“! Was ein schöner Patron sein.

Die Nichtfreilassung Lafargue's für die Dauer der Agitation für seine Wahl hat in den weitesten Kreisen Frankreichs mißfallen und jetzt böses Blut. Formell war das französische Ministerium wohl im Recht — das Erkenntniß gegen Lafargue, gleichviel ob gerecht oder ungerecht, ist rechtskräftig, und in diesem Fall hat die französische Kammer so wenig wie der Deutsche Reichstag das Recht, die Freilassung eines Mitglieds, geschweige denn eines bloßen Kandidaten zu verlangen. Aber die Sitte steht über dem Gesetz. Und die Sitte in Frankreich ist, daß der politisch Verurtheilte oder Verbannte für die Wahlzeit Freiheit der Bewegung und des Handelns erhält. Sogar Napoleon der Kleine respektirte diesen Grundfah.

Und wenn das Ministerium juristische Scrupel hatte, fragt die Opposition — warum amnestirte es nicht Lafargue, wie es jüngst den lächerlichen Prinzen von Orleans amnestirt hat? Das Organ „Clemenceau's, die „Justice“, schließt seinen gestrigen Leitartikel mit den Worten:

„Flintenschüsse für die Arbeiter — Jourmies —; das Gefängniß für die Sozialisten — Lafargue —; und demüthige Entschuldigungen an Prinzen, die wegen Nichtachtung der Republik eingesperrt wurden — Prinz von Orleans —.“

Eine gute Charakteristik der französischen Bourgeoisrepublik.

Bei dem römischen Anarchistenprozeß ist nichts anarchisch, außer die Staatsanwälte, Richter und Spigel. Wie der Prozeß ins Stocken gekommen ist, weil die Verteidigung sich nicht will vergewaltigen lassen, das haben wir gemeldet. Um den Prozeß wieder in Gang zu bringen, ist man dieser anarchische Dreieck von Staatsanwälten, Richtern und Spigeln auf den sinnreichen Gedanken verfallen, die Verteidiger und Angeklagten dadurch „mürbe“ zu machen, daß ihnen ein Prozeß wegen Verleumdung der Spigelreihe angehängt wird. Wird aber nichts nützen — die öffentliche Meinung in ganz Italien ist empört über das Treiben des anarchischen Dreieckes, und immer mächtiger wenden sich die Sympathien den Angeklagten zu, die ihrerseits Ankläger geworden sind. Die moralische Niederlage der Regierung ist vollkommen, und wird schließlich ohne politische Folgen bleiben. Jedenfalls hat der Prozeß der Sozialdemokratie in Italien kein größerer Dienst geleistet werden können, als durch diesen Prozeß, der die bodenlose Unfähigkeit und Korruption des herrschenden Systems an den Tag bringt und es der allgemeinen Verachtung preisgibt.

Eine Versammlung beschäftigungsloser Arbeiter ist gestern in Rom verboten worden. Auf diese Weise glaubt die Regierung wohl den Nothstand los werden zu können. Vielleicht versammeln sich aber die hungernden Arbeiter doch und dann kann die Fütterung mit blauen Bohnen versucht werden.

Wom interparlamentarischen Kongreß ertönen Klagen über babylonische Sprachverwirrung. Jeder spricht in seiner eigenen Sprache und wird nur von denen verstanden, die seine Sprache verstehen. Die Anderen langweilen sich natürlich. An das Uebersetzen denkt Niemand. Leicht ist es natürlich nicht, aber die Herren Parlamentarier und Interparlamentarier hätten von den internationalen Kongressen der Arbeiter doch etwas lernen sollen. Freilich, sie sind wohl der Meinung, das Uebersetzen sei überflüssig, und Interparlamentarier hätten nur eine und dieselbe Rede halten sollen — die obendrein schon tausend Mal gehört worden ist. Präsident der deutschen Delegirten ist Herr Hirsch

— unser alter bekannter Max Hirsch, der vom sozialen zum politischen Harmonieapostel avancirt ist, und in seiner neuen Rolle gerade so viel Glück haben wird, wie in der alten.

Uebrigens haben sämtliche deutsche Friedensapostel eine Einladung zum deutschen Gefandten in Rom erhalten. Wahrhaftig sie haben's verdient.

In Irland wird weiter geprügelt. Barnelliten und Antivarnelliten wollen durchaus die zwei Kilkenny-Kahen spielen, die sich bis auf die Schwänze aufressen und von denen die famosen Löwen der „Fliegenden Blätter“ abstammen.

Beiläufig wurde das Parlamentsmitglied Sealby nicht im Gerichtssaal durchgeprügelt, sondern an weniger geeigneter Stelle. Er empfing „30—40“ Peitschenhiebe, ohne sich zu mühen — muß also vortreffliche Recken haben — freilich auch einen absonderlichen Geschnack.

In Brasilien soll es zu einem Konflikt zwischen Kongreß und Regierung gekommen sein. Der Präsident habe den Kongreß aufgelöst und den Belagerungszustand verhängt — lautet die neueste Depesche. Wir wissen nicht, ob das richtig ist. Ueber Brasilien wird, seit das Kaiserreich gestürzt worden ist, in der europäischen Presse auf's Tollste gelogen, so daß man gegen alle Sensationsnachrichten von oder über Brasilien sehr auf der Hut sein muß. Bis jetzt haben die meisten sich als Lügen herausgestellt.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

### Zur Beachtung!

Einem Antrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Folge leistend, habe ich beauftragt Neu-Ausgabe die Bearbeitung und Umgestaltung der bekannten revolutionären Gedichtsammlung „Vorwärts“ übernommen. Ich richte an diejenigen deutschen und außerdeutschen Sozialisten oder literarischen Kollegen, welche fähig sind und geneigt sind, mich durch Mittheilung vorhandener Originale oder Uebersetzungen internationaler Proletariatsdichtungen zu unterstützen, die ergebene Bitte, diesbezügliche Einsendungen an meine untenstehende Adresse gelangen zu lassen.

Karl Wendell,

Göttingen-Büch, Wineroastr. 1, III.

Ausländische Zeitungen ersuche ich um Abdruck obiger Zeilen.

Nachträge vom Parteitag. In gegnerischen Blättern wird die Angabe, welche wir auch im Volksblatt für Charlottenburg“ zc. fanden, daß Bollmar in Erfurt gegen den Bericht der Reuener-Kommission gestimmt habe, wiederholt und man knüpft daran allerhand Betrachtungen über die Spaltungen“ in unserer Partei. Um diesem Gerede ein für allemal ein Ende zu machen, sind wir von Genossen Bollmar zu der Erklärung ermächtigt, daß, obwohl er behauptet, daß die Angelegenheit der Opposition nicht einen sachlichen Abschluß gefunden, er doch, nachdem die Anhänger derselben sich gemindert, vor der Kommission zu erscheinen, „keine Möglichkeit mehr sah, sich der Annahme des Kommissionsberichtes zu widersetzen.“

Bei der Gelegenheit wollen wir auch gleich feststellen, daß die in der Versammlung der Münchener Genossen über den Parteitag in Erfurt und dessen Beschlüsse angenommene Resolution (siehe die Nummern 233 und 234 des „Vorwärts“) von den Genossen Amierlem und Bollmar vorgeschlagen war.

In der Versammlung der Dortmunder Parteigenossen, welche den Bericht über den Erfurter Parteitag entgegennahmen, erklärte der Delegirte Tölke über das Verhalten der Opposition:

Drei Tage hindurch hätten die Berliner Oppositionellen die Verhandlungen des Parteitages hingehalten und als sie endlich gegangen seien, habe ihnen jeder Delegirte gern auf den Rücken gegangen. Die Berliner Opposition habe die schmutzigsten Dinge über den Parteivorstand verbreitet, als sie aber auf dem Parteitage ihre Anschuldigungen beweisen sollte, nicht den geringsten Beweis erbringen können.

Die Parteigenossen in Langenbriesau nahmen nach dem Bericht des Delegirten Kühn über die Beschlüsse des Erfurter Parteitages drei Resolutionen einstimmig an. Die erste heißt die Beschlüsse des Parteitages und die bisherige Taktik gut, die zweite beschwört die Theilnahme an den Gemeinderaths-Wahlen und die dritte verpicht, auf den Anschluß aller an die Sozialdemokratische Partei hinzuwirken.

Weitere Zustimmungserklärungen zu den Beschlüssen des Erfurter Parteitages liegen vor von Versammlungen in Gmünd, Steinfelderdorf (Schlesien), Verden.

Um das Urtheil, welches das Chemnitzer Landgericht gegen den Reichstags-Abgeordneten Albert Schmidt wegen Pressevergehen aussprach und das bekanntlich am 1. Juni 3 Monate Gefängniß und 60 Mark Geldstrafe lautete, in seiner vollen Härte erlassen zu können, sei noch mitgetheilt, daß der genannte Parteigenosse noch nicht bestraft war.

Nachzutragen ist ferner, daß in derselben Verhandlung die Parteigenossen Pammern aus Lant und Harzdorf aus Hartmannsdorf, ersterer zu 30 M. Geldstrafe, letzterer zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt wurden.

Gegen das Urtheil ist Revision eingelegt.

Grüßlich abgeblint scheint Herr Eugen Richter in Jena zu sein. Man vermuthete, er würde den dortigen Führer des Freisinn's, Dr. Harmenting, wegen dessen Liebhabelei für die Lebensreformer, mit dem Wahnstrahle St. Managier's niedererschmettern. Nichts von alledem geschah. Die seitene Voricht, die Herrn Richter schon in der bekannten Affäre mit Bismarck im Reichstage auszeichnete, scheint er auch in Jena für den rühmlicheren Theil der Tapferkeit gehalten zu haben. Was hat er nun statt dessen der erwartungsvollen Welt in der Thüringischen Wustenschicht geboten? Hören wir darüber den Gothaer Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“: „Die saden Genweinpflanze, die abgedroschenen Redensarten, die je ein deutschfreisinniger Agitator seinem Publikum zu bieten gewagt hat...“ Wir wissen fast, daß der Reinkanal in Jena auch über die literarische Glorie des großen Schriftstellers von der „Freisinnigen Zeitung“ seinen dunklen Schatten breiten wird. Demüthig brachte Herr Eugen Richter in der gestrigen Nummer seines Moniteurs drei Nennamen hintereinander, um das offenbar etwas jauchselige Publikum zum Kaufe der pantastischen Sozialdemokratischen Gesellschaft entworfen hat. Wie sich aus einer Notiz der heutigen Nummer der „Freis. Ztg.“ schließen läßt, hat sich Herr Eugen Richter sogar schon genöthigt gesehen, das „Welt“ & condition und mit der Gewährung höchsten

Rabatts an die Filialen des Freisinn's in der Provinz abzugeben.

Die Breslauer „Volkswacht“ hat am 2. November das zweite Jahr ihres Bestehens begonnen.

In Philadelphia hat sich ein sozialistischer Klub dort anständiger Flamländer gebildet, dem sich hauptsächlich viele Matrosen angeschlossen haben.

Polizeiliches, Gerichtliches zc. Dem Sozialdemokratischen Wahlverein in Kellinghusen ist weder von der Ortspolizei noch vom Landrath gestattet worden, am 1. November sein Stiftungsfest zu feiern. In diesem Tage ist nämlich Dienstadtwechsel und infolge dessen sind öffentliche Tanzlustbarkeiten verboten. Als eine solche sieht die Polizei das Stiftungsfest an. Es wird gegen das Verbot Beschwerde erhoben werden, um einmal Klarheit in der Sache zu schaffen.

Wegen Verleumdung des Gendarmerie-Wachmeisters Bauer in Kaiserslautern hat der Juseur Eduard Heinrich Klement 20 M. zu bezahlen.

## Soziale Uebersicht.

### Achtung, Studenten Berlin!

Die unterzeichnete Kommission erinnert hiermit die Kollegen an die Aufrechterhaltung des Beschlusses der Versammlung vom 10. v. M. bezüglich der Abführung von 10 pCt. ihres Arbeitsverdienstes.

Diesjenigen, welche Sammellisten in Händen haben, werden aufgefordert, dieselben am Sonnabend, den 7. November, bei Marzahn, Weinmeisterstr. 19, abzuliefern.

Im Auftrage der Kommission: S. Kühling.

### Zimmerer Berlin und Umgegend!

Kameraden! Die von Euch in der Generalversammlung am 21. Juni d. J. gewählte Lohnkommission hat den Antrag, eine kräftige Agitation für die Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Berlins zu entfalten und zu diesem Zweck die Sammlungen zu dem Generalfonds zu betreiben, aus welchem unsere Kameraden im Nothfall voll und ganz unterstützt werden. Der freiwillige Beitrag zu diesem Fonds ist laut Beschluß der obigen Versammlung auf 15 Pf. pro Woche festgesetzt. Es sind als Legitimation hierfür Karten und als Quittung Marken ausgegeben.

Damit diese Geldsammlungen in ordnungsgemäßer Weise vor sich gehen, sind in allen Stadttheilen Berlins Vertrauensleute gewählt. Diese Vertrauensleute haben nun dahin zu wirken, daß auf den in ihren Bezirken befindlichen Bauten und Plätzen Deputirte gewählt werden, welchen die Aufgabe zufällt, kräftig für die Sammlung zum Generalfonds einzutreten. Leider hat die Wahl dieser Platzdeputirten nicht in dem Maße stattgefunden, wie es im Interesse unserer Sache liegt, und hofft die Kommission in Anbetracht der großen Noth, welche an unsere Thüren pocht, daß die Kameraden endlich das Versäumte nachholen und die Wahl dieser Deputirten auf ihren Bauten und Plätzen vornehmen und daß diese Deputirten ihre Pflicht erfüllen und kräftig für die Sammlung zum Fonds eintreten; ebenso ist es Pflicht eines jeden Kameraden, diese Deputirten auf alle Art und Weise zu unterstützen und ebenfalls für die freiwillige Sammlung kräftig einzutreten.

Nun nun mit Euch, Kameraden, näher über diese Angelegenheit zu beraten, hat die Lohnkommission beschlossen, für Sonntag, den 8. November, Vormittags 10 Uhr, eine Versammlung in die Berliner Buchdruckerei am Tempelhofer Berg einzuberufen, deren Tagesordnung lautet:

1. Welche Lehre haben die Zimmerer Berlins aus dem Streik der Lötzer und Studenten betreffs der Fensterfrage zu ziehen?
2. Sind die Zimmerer Berlins gewillt, die 9 stündige Arbeitszeit und den Stundenlohn von 60 Pf. in Durchführung zu bringen?
3. Verschiedenes.

In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Zimmerers, zu erscheinen. Die Lohnkommission wird an dem Besuch dieser Versammlung ersehen, ob es sich noch der Mühe verlohnt, daß die Kommissionenmitglieder ihre freie Zeit opfern, um die Interessen der Zimmerer Berlins zu vertreten. Entweder Ihr steht hinter der Kommission, oder Ihr seid gegen dieselbe. Wir stehen jetzt vor der Frage: Wollen wir den Kampf gegen unsere Ausbeuter aufnehmen, oder wollen wir uns willenslos das Fell über die Ohren ziehen lassen. Es heißt jetzt, entweder vorwärts oder Alles stille über sich ergehen lassen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Die Lohnkommission.

Die Sammlungen werden durch die Vertrauensleute alle Sonntage, Vormittags von 9—12 Uhr (mit Ausnahme der Sonntage, wo öffentliche Zimmerer-Versammlungen stattfinden), in folgenden Lokalen entgegengenommen:

- Für den Osten und Südosten: Vertrauensmann: Seefeldt, Brangelstr. 79, I. Verkehrslokal: Markasstr. 14 bei Riple.
- Für den Süden und Südwesten: Vertrauensmann: Thiel, Dieffenbachstr. 88. Verkehrslokal: Grimm- und Dieffenbachstrassen-Ecke bei Dens.
- Für den Westen: Vertrauensmann: Reigner, Kahlerstraße 7, Hof III. Verkehrslokal: Kuhnstr. 86 bei Raumann.
- Für Moabit: Vertrauensmann: Juchinski, Stendalerstraße 2, Hof III. Verkehrslokal: Droselstraße bei Holzbecher.
- Für den Norden und Westnordosten: Vertrauensmann: Kalk, Kolbergerstr. 10, Hof II. Verkehrslokal: Ködlerstr. 17 bei Wandt.
- Für den Norden und Nordosten: Vertrauensmann: Rusche, Oberbergerstr. 88. Verkehrslokal: Schönhäuser Allee 28 bei Kuhnert.

Briefe und Anfragen sind zu richten an E. Obst, Blumenstraße 8, Hof III.

Eine weitere Einladung zur Versammlung findet nicht statt.

### Aufruf an die Arbeiterinnen in Friedrichsberg und Umgegend!

In Anbetracht der schlechten Lage, in der wir uns befinden, wird es Zeit, daß wir uns organisiren, um unsere Existenz zu bessern, denn nur vereint können wir Besserung schaffen. Es ist deshalb Pflicht einer jeden Arbeiterin, in der am 7. November in Spitzig's Lokal stattfindenden Versammlung zu erscheinen, wo einer jeden Arbeiterin Gelegenheit geboten ist, sich der Organisation anzuschließen. Betrachtet man jetzt die Versammlung, so könnte man fast glauben, den Arbeiterinnen von Friedrichsberg und Umgegend gebe es so wohl, daß sie eine Organisation garnicht brauchen. Deshalb, Arbeiterinnen, zeigt, daß Ihr eure Lage begriffen habt, und schließt Euch alle der Organisation an. Der Allgemeine Arbeiterinnen-Verein, Filiale Friedrichsberg.

Sabre, 4. November. Nach einem Telegramm des „Gerold“ nahmen die Dockarbeiter die Entscheidung des Schiedsgerichtes an. Wölgard, der Führer des Ausstandes, gab seine Demission.

Die Schneidergehilfen in Sidney (Australien) haben am 1. November die Arbeit niedergelegt. Die Schneiderinnen werden dem Beispiele folgen. Es wäre dies dann in der Kolonie der erste Fall, wo Arbeiterinnen sich direkt an einem Streik beteiligen.

# Theater.

Freitag, 6. November.  
**Opernhaus.** Orpheus und Euridike.  
**Schauspielhaus.** Der neue Herr.  
**Deutsches Theater.** Die Kinder der Erzelenz.  
**Berliner Theater.** Montfione.  
**Festung-Theater.** Die Großstadtluft.  
**Residenz-Theater.** Das Hindernis.  
**Wallner-Theater.** Der stille Afficé.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Die Bajade.  
**Thomas-Theater.** Der Kunst-Basilis.  
**Ostend-Theater.** Die eiserne Kammer oder: Vater Morin.  
**Polkalliance-Theater.** Jung-Deutschland zur See.  
**Adolph Ernst-Theater.** Der große Prophet.  
**Alexanderplatz-Theater.** Schwarze Brüder.  
**Frenypalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebäude Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Eiskeller-Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

**Theater d. Reichshallen**  
 Täglich neues Programm.  
**Sechs Debüts!**  
 Sechs neue Nummern!  
 U. A.:  
**Bogende Hunde.**  
 Charles Phoites-Pinauds u. f. w.

**Gratweil'sche Bierhallen.**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Heute sowie täglich:  
**Auftreten der Hamburger Gaudebrüder**  
 Konzerte und Skulptenfänger.  
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.  
 Empfehle meinen berühmten Mittags-tisch à la Reval. 3 Regalbahnen 6 Billards, 2 Cäle. 1169L.

**Stablissement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausföhrung von Pakenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 **F. Müller.**

**Passage-Panopticum**  
 und  
**Theater Variété**  
 I. Ranges  
 50 Pfennig.

**Brinze's Panline,**  
 die lebende Puppe in  
**Castan's Panopticum**  
 ohne  
**Extra-Entree.**  
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

**Präuser's anatomisches MUSEUM**  
 Kommandantenstr. 80-81.  
 Tägl. von früh 9 b. Ab. 10 für erwachs. Herren.  
 Dienstag u. Freitag: Damentag.  
 Entree 50 Pf., Militär 25 Pf. [1421L]

**Feen-Palast**  
 Burgstraße, neben der Börse.  
**Spezialität: Theater I. Ranges.**  
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., Sonntags 6 1/2 " 75 "  
 Meinen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich Tempelhof-Über 12 eine **Fleisch- und Wurstwaren-Handlung** übernommen habe. Auch ist in Wohnung Josephstrasse 4, r. IV, bestehend aus zwei Stuben u. Küche um Preis v. 430 M. sof. zu verm.  
**George Ritter.**  
**Betten** — Theilzahlung. P. R. Retzlaf, Bettfedern-Spezialgeschäft, Brückenstr. 5 (Jannowbrücke). [1470L]

# Circus Renz.

**Karlstraße.**  
 Freitag, den 6. November 1891:  
 Abends 7 1/4 Uhr: **Große Romiker-Vorstellung.** Aufstehen der Klowns C. Godlewsky, Herrmann, Gebr. Diana und Warno, Paul und William, Gebr. Kronmann, 3 Gebr. Briatore, Adolf und Alfred Delbosq (Pudel), Micoo u. Auftreten der **Original-Ansleigh-Compagnie** (1 Dame, 8 Herren) sowie die vorzüglichsten Reitkünstlerinnen u. Reitkünstler. Außerdem Bal und Concert hippique von 8 Schimmelhengsten dargestellt, dreifert und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Schulpferd Negro, geritten von Mlle. Vidal u.  
 Zum Schluß der Vorstellung: Zum 40. Male: **„Auf Helgoland“**, oder: „Ebbe und Fluth“, große hydrod. Ausstattungs-Pantomime in 2 Akth. mit Nationaltänzen (50 Damen), Aufzügen u. Hierbei erlaube ich mir ganz besonders auf eine neue Einlage: **Die Ulanen** (dargest. v. 4 Damen) aufmerksam zu machen. Dampfschiff- u. Bootfahrten, Wasserkühen, Rosenfontänen mit allerlei Lichteffekten u. arrangirt und inscenirt vom Direktor E. Renz. Kunstschwimmerinnen 3 Geschwister Johnson. Schluß-Tableau: **Grande Fontaine lumineuse**, in einer Höhe von mehr denn 30 Fuss ausstrahlend. — Morgen: Jubiläumsvorstellung. Zum 50. Male: **„Auf Helgoland“**.  
 An den Wochentagen bleibt die **Kirknasse** von 2 bis 4 Uhr Nachmittags geschlossen.  
 Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei) Auf mehrfachen Wunsch: **„Leben und Erben auf dem Eise.“** Abends 7 1/2 Uhr: **„Auf Helgoland.“**  
**E. Renz, Direktor.**

# Circus G. Schumann.

**Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstr.**  
 Freitag, den 6. November 1891,  
 Abends 7 1/2 Uhr: **Große Clowns- und Romiker-Vorstellung.** Neues originelles höchst komisches Programm. Wer sich amüsiren will, muß heute kommen. Besonders hervorzuheben: Der amerikanische Photograph, ausgeführt von Clow Little Prod. Der Löwe zu Pferde, Parodie, vorgeführt vom Clowen Tanti. Cancan à la Parisienne, 8 Clowns. Mr. und Mrs. Brown auf Reisen. Der englische Jockey, Parodie, vom Clowen Tanti. Miniatur-Clowns Nipp u. Tripp. Musikalisches Entree, Gebr. Chianochi. Parforce-Reiterin Mij Rosa Meers. Mr. Jos. Hodgini, Jodler. Frosch-Entree, mimische Szene von Herrn Hjalmar von Bergh. Herz, ostpreussischer Fuchsbengel in der hohen Schule geritten von Herrn Ernst Schumann. 12 Rapphengste, in Freiheit vorgef. v. Hrn. Max Schumann. Amateur-Konkurrenz-Reiten. 100 Mark Prämie erhält Derjenige, welcher stehend zu Pferde in der Manege dreimal im Galopp herumreitet. — Zum 7. Male: **Circus unter Wasser. „Eine ländliche Hochzeit.“** Höchst sensationelle Original-Wasser-Pantomime in 2 Aktheilungen, ganz neu arrangirt, mit großartigem Wasserfall, elektrisch und bengalisch beleuchtet, Niefensontäne u.  
 Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm. **Circus unter Wasser. „Eine ländliche Hochzeit.“**  
 Sonntag: 2 gr. Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr und Abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen **Circus unter Wasser.**  
 Verloren gold. Trauring, gez. R. M. Abzug. gegen h. Belohn. Landsberger Allee 151. Buchwald. 2511b

# Arbeiter-Bildungs-Schule.

**Lehrplan**  
 (die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sonntags von 9-11 und von 11-1 Uhr):

	I. Nordschule. Kastanien-Allee 33.	II. Nordschule. Müllerstr. 179a.
Montag	Geschichte (mittl.).	—
Dienstag	Deutsch (ob.).	Geschichte (neu.).
Mittwoch	National-Ökonomie.	Deutsch (ob.).
Donnerstag	Rechnen (unt.).	Chemie.
Freitag	Physiologie.	Deutsch (unt.).
Sonabend	Deutsch (unt.).	Rechnen (unt.).
Sonntag	(mittl.).	Rechnen (ob.), Buchführ.
do.	Rechnen (ob.), Buchführ.	Deutsch (mittl.).
	<b>Südschule.</b> Fogelsbergerstr. 43.	<b>Süd-Ostschule.</b> Reichenbergerstr. 133.
Montag	Rechnen (unt.).	Physik.
Dienstag	National-Ökonomie.	Deutsch (mittl.).
Mittwoch	Geschichte (mittl.).	Deutsch (ob.).
Donnerstag	Deutsch (ob.).	Geschichte (neu.).
Freitag	Rechnen (ob.), Buchführ.	Deutsch (unt.).
Sonabend	Deutsch (unt.).	Rechnen (ob.), Buchführ.
Sonntag	Chemie.	National-Ökonomie.
do.	Deutsch (mittl.).	Rechnen (unt.).
	<b>Ostschule.</b> Markusstr. 31.	<b>Westschule.</b> Stephanstr. 45.
Montag	Rechnen (ob.), Buchführ.	Deutsch (ob.).
Dienstag	Chemie.	Rechnen (ob.), Buchführ.
Mittwoch	Deutsch (mittl.).	Physik.
Donnerstag	National-Ökonomie.	Deutsch (unt.).
Freitag	Geschichte (alt.).	Deutsch (mittl.).
Sonabend	Deutsch (ob.).	National-Ökonomie.
Sonntag	Rechnen (unt.).	Geschichte (alt.).
do.	Deutsch (unt.).	Rechnen (unt.).

Der Lehrplan hat insofern eine Abänderung erfahren, als **National-Ökonomie** statt in der II. Nordschule künftig **Mittwochs** in der I. Nordschule, und außer in der Süd-, Südost- und Ostschule, auch in der Westschule (Sonabend) gelehrt wird. Diese Aenderung tritt am **Sonabend**, den 7. November, in Kraft! — (In der Südost-Schule wird der Unterricht in ob. Rechnen und Buchführung künftig wieder von Herrn Rippmann ertheilt). In alle Lehrfächer können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.  
 Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden **Zahlstellen**, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist, erfolgen. Dasselbe wollen auch die Theilnehmer und Theilnehmerinnen am Unterricht ihre **Schulkarten** einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. In den mit \* bezeichneten Zahlstellen sind auch **Billets zum Aquarium à 25 Pf.** und zur **Urania à 25 Pf.** (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.  
 Die Zahlstellen sind folgende:

- S.**
  - \*Südschule, Fogelsbergerstr. 43.
  - \*Börner, Ritterstr. 109.
  - Gründel, Dresdenstr. 118.
  - Klein, Kottbusser Damm 14.
- SO.**
  - \*Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
  - Kehr, Köpcke'str. 126.
  - Schmidt, Brangelstr. 141.
  - \*Schulz, Admiralsstr. 40a.
  - Ulrich, Brangelstr. 84.
  - Zubell, Ranninstr. 96.
  - Linke, Forsterstr. 45.
  - Schayer, Reichenbergerstr. 54.
- SW.**
  - Grube, Mariendorferstr. 10.
  - \*Fallorke, Junkerstr. 1.
  - Wilschke, Raybachstr. 1.
  - \*Antrick, Steinmetzstr. 60.
  - Müller, Neue Maagenstr. 2.
- O.**
  - \*Ostschule, Markusstr. 31.
  - A. Böhl, Müdersdorferstr. 8.
  - E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
  - Josinger, Krausstr. 48.
  - \*Lock, Friedrichsbergerstr. 11.
  - Tempel, Dresdenerstr. 27.
  - Rusch, Markusstr. 31.
- C.**
  - \*Berndt, Alte Schöndorferstr. 18.
  - Kuhlmeier, Rosenstr. 80.
  - Vogtherr, Landsbergerstr. 64.
- N.**
  - \*I. Nordschule, Kastanien-Allee 33.
  - \*II. Nordschule, Müllerstr. 179a.
  - Abraham, Straßburgerstr. 5.
  - \*Gleinert, Müllerstr. 174.
  - Gnaet, Brunnenstr. 38.
  - Kleinsau, Gartenstr. 171.
  - Lehmann, Brunnenstr. 83.
  - Schmidt, Troschowitzstr. 24.
  - Thierbach, Schwedterstr. 44.
  - Raabe, Rappinerstr. 46.
  - \*Scholz, Kastanien-Allee 35.
- NO.**
  - \*Gampel, Barnimstr. 42.
  - Silberbach, Wallfadenstr. 98.
  - Drescher, Dinstenstr. 50.
- NW.**
  - \*Westschule, Stephanstr. 45.
  - \*Vogtherr, Stephanstr. 27a.
  - Voss, Lüderstr. 8.
- Friedrichsberg.**
  - Heincke, Friedrich Karlstr. 11.
  - Der Vorstand.**

# 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr:  
**sozialdemokratische Versammlung**  
 im Saale der Brauerei Böhow, am Prenzlauer Thor.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Referent: Genosse **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Die Neuwahl der Vertrauensmänner sowie eines Vertreters zur Lokalkommission.  
 Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 332/5 **Der Vertrauensmann.**

# Achtung! Maurer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 8. November, Vormittags 10 Uhr:  
**Versammlung**  
 im gr. Saale der Brauerei Friedrichshain (früher Pip).  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung der 88er Lohnkommission und Beschlußfassung darüber. Berichterstattung der Revisoren. Berichterstatter F. Grothmann. Berichterstattung der Preiskommission und ev. Neuwahl derselben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die 88er Lohnkommission, Revisoren und Preiskommission werden durch eingeladen, pünktlich zu erscheinen.  
 238/16 **J. A.: H. Raschke, Wiesenstr. 8, Hof 3 Tr.**

# Verband d. Bau-Arbeiter u. Berufsg. Deutschlands

(Zahlstelle Berlin).  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonntag, den 8. November, Vormittags 11 Uhr, bei Jäger, Grüner Weg 29.  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Silberschmidt über: Zweck und Ziele der Zentral-Verbände. 2. Diskussion. 3. Wahl des Ausschusses. 4. Verbands-Angelegenheiten.  
 Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden dort aufgenommen.  
 404/2 **Der Bevollmächtigte.**

# Achtung Stellmacher!

Allen Kollegen, Freunden und Freundinnen theilen wir hierdurch mit, daß der **Fachverein der Stellmacher** am Sonntag, den 8. November, Vormittags präzis 11 1/2 die Einrichtungen der **Genossenschafts-Gutfabrik** besichtigen wird. Treffpunkt: **Pappel-Allee 3/4, vorn 1 Tr., im Vertikales** der Gutmacher.  
 Gleichzeitig theilen wir mit, daß die **Vereins-Versammlung** am Sonntag, den 15. November, Vormittags 10 Uhr, bei **Keller, Bergstraße Nr. 68**, stattfindet. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Lazarus** über: „Ist das Kleingewerbe noch konkurrenzfähig?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest.  
 Um rege Theilnahme bittet **Der Vorstand.**

# Allgemeiner Deutscher Sattlerverein.

(Filiale Berlin).  
 Sonnabend, den 7. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei **Wiencke** (vorm. Reyer), Alte Jakobstraße 83:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Dr. Lütgenau über: Die Entstehung des Staatsschulds. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten.  
 265/2 **Der Vorstand.**

# Große öffentliche Versammlung sämmtlicher Hausdiener Berlins

am Freitag, den 6. November, Abends 9 Uhr, bei **Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.**  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Gleiches Recht für Alle.“ Referent: **Theodor Metzner.** 2. Diskussion. 3. Wahl einer Einigungskommission. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**  
 171/5

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin I (Putzer).  
 Sonntag, den 8. November, Vormittags 11 Uhr, in den **Fingergässen, Dresdenstr. 96:**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über „Darwinismus und Sozialismus“. Referent: Herr **Friedländer.** 2. Annullirung des Beschlusses der Versammlung vom 4. Oktober, betreffs die Verbreitung des Grundsteins. 3. Ausgabe der Ratifikations- und Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
 Beiträge werden von 10-11 Uhr von den Kassieren entgegengenommen.  
 Die Zahlstelle für den Norden befindet sich jetzt **Swinemünderstraße 129** bei **Weißberg im Lokal.** — Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.  
**Die Lokalverwaltung.**

# Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler

und deren Berufsgenossen (G. S. Nr. 86).  
 Die **Mitglieder-Versammlungen** sämmtlicher Verwaltungskreise finden am  
**Sonntag, den 8. November, Vormittags 10 Uhr,**  
 und zwar in folgenden Lokalen statt:  
**Bezirk A:** Adalbertstraße 21 bei Koll.  
**„ B:** Mariannestraße 31/32 bei Dohrenlein.  
**„ C:** Lindenstraße 106 bei Poppe.  
**„ D:** Brunnenstraße 38 bei Gnaet, **Rixdorf:** Diethenstraße 71 bei Papke.  
 Die Tagesordnung sämmtlicher Versammlungen lautet:  
 1. Geschäftsbericht. 2. Vierteljährlicher Kassenericht. 3. Ergänzungsausschuss des Vorstandes. 4. Verschiedenes.  
 Die Zahlstellen, in denen Sonnabend, Abends von 8-10 Uhr Beiträge entgegengenommen und neue Mitglieder bis zum 45. Lebensjahre aufgenommen werden, befinden sich:  
**Für Bezirk A:** 1. Nanninstr. 78 bei Rohr. 2. Langestraße 34 bei Giersch.  
**„ B:** 1. Reichenbergerstraße 16 bei Pöhl. 2. Skalitzerstraße 65 bei Franke.  
**„ C:** 1. Jossenerstraße 35 bei Falke. 2. Stallgärtnerstraße 41/42 bei Schwany.  
**„ D:** 1. Elsfasser- u. Kleine Hamburgerstr. - Ecke bei Wittchow. 2. Gölnow- u. Weinstr.-Ecke im Lokal.  
**Rixdorf:** 1. bei W. Flemming, Diethenstraße 20, Hof III. 2. bei H. Paschke, Lesingstraße 9, vorn 1.  
 197/19 **Gierzu eine Beilage.**

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom 5. November. Nachmittags 5 Uhr.

Für eine Anzahl Spezial-Rechnungen aus den Jahren 1887/88, 1888/89 und 1889/90 wird nach dem Antrage des Ausschusses die Entlastung erteilt.

Die Vorlage betreffs Erhöhung der Hundesteuer und der Entwurf eines anderweitigen Regulativs für die Erhöhung derselben ist in dem verstärkten Ausschuss nochmals beraten worden.

Der Ausschuss hat die Erhöhung der Steuer von 9 auf 20 M. für jeden Hund wiederum und zwar mit zehn gegen vier Stimmen angenommen. Das Meldeformular soll nur denjenigen Mietern vorgelegt werden, welche Hunde halten, um den übrigen Mietern diese Belastung zu ersparen. Die in erster Beratung beschlossene Steuerfreiheit für Hunde, welche zur Bewachung einzelner gewerblicher Räume notwendig sind, war vom Magistrat beanstandet worden und ist in der erneuten Beratung wieder bestritten, auf die zur Bewachung von Ladenträumen und Warenvorräthen notwendigen Thiere beschränkt worden. Steuerfrei sollen neben den Hunden taube auch die blinder Personen und diejenigen Hunde sein, welche in staatlichen wissenschaftlichen Instituten als Versuchsthiere zu Forschungszwecken gehalten werden. Der Verlust des verheimlichten Hundes soll bei Steuerhinterziehung nicht unter allen Umständen, sondern, wie die Magistratsvorlage vorschlug, nur im Falle des Unvermögens eintreten.

Berichterstatter Dr. Gerstenberg theilt mit, daß in den Jahresrechnungen zu der Vorlage eingegangenen Petitionen die allerwichtigsten Wünsche geäußert worden seien. Die Einen wollten von der Erhöhung überhaupt nichts wissen und begründeten ihre Anschauung damit, daß die Hunde dem Menschen treu und unentbehrlich seien; die Anderen empfahlen die völlige Ausrottung der Hunde oder eine Steuer von mindestens 100 M. Der Ausschuss hat sich in seiner großen Mehrheit auf den einseitigen Satz von 20 M. geeinigt, da für die Fixirung verschiedener Sätze genügende Kriterien der Unterscheidung nicht aufgestellt werden könnten.

Hiernach wird die auf 6 Uhr angeetzte Wahl des zweiten Bürgermeisters für den am 1. Oktober ausgetretenen Runder vorgenommen. Gewählt wird der Stadtschultheiß Zelle mit 96 von 100 gültigen Stimmen, 4 Stimmen verpörrichten sich, 3 Zettel sind unbeschrieben.

Das Regulativ zur Hundesteuer-Erhebung wird im Wesentlichen in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Eine längere Debatte knüpft sich nun an die vom Ausschuss beschlossene Steuerfreiheit für Hunde, welche zu wissenschaftlichen Zwecken gehalten werden. Prof. Virchow und Charities-Direktor Spinola wünschen, auch die betr. Hunde städtischer Anstalten steuerfrei zu lassen. Dem wird vom Stadtrath Weise unter Berufung auf den Wortlaut der Ratsbeschlüsse von 1829 widersprochen, und der bezügliche Antrag zurückgezogen. Statt des engen Begriffs „Institute“ wird auf Antrag Virchow gesetzt „Anstalten“.

Die Strafbestimmungen für Hauseigentümer und Miether für Nichtanmeldung resp. Nichtausfüllung des Formulars beantragt Stadtrath Stadhagen zu streichen, da diese Ordnungsstrafen zu hart seien und dem Magistrat das Recht zum Erlass derartiger Strafbestimmungen überhaupt bestritten werden müsse.

Stadtrath Weise verweist auf § 53 der Städte-Ordnung, welche die Befugnis zum Erlass solcher Strafbestimmungen festsetzt.

Stadhagen bestreitet die Anwendbarkeit der Vorschrift der Städte-Ordnung für die hier vorgeschriebene Meldepflicht; für einen Verstoß gegen diese eine Ordnungsstrafe festzusetzen sei direkt ungesetzlich.

Die Strafbestimmungen werden angenommen. Den Steuerfah beantragt Zubeil auf 15 statt 20 M. festzusetzen, da der Sprung von 9 auf 20 M. namentlich für die kleinen Leute ein zu starker sei.

Der Antrag wird abgelehnt, der Sach von zwanzig Mark angenommen.

Die Theilung des Bezirks der dritten Armenkommission (Stadtbezirk 175, Gubener-, Memeler- und Königsbergerstraße) in zwei Kommissionen wird nach dem Magistratsantrage beschlossen.

Mit der Herstellung einer Ventilationsanlage in der städtischen Heimstätte für Gensende in Blankenburg erklärt sich die Versammlung nachträglich einverstanden.

Zum Ankauf verschiedener Guts- und Bauerländereien zwecks Erweiterung und bezw. besserer Abrundung der für die Kanalisation von Berlin vorhandenen Kesselfelder beantragt der

Magistrat die Bewilligung von rund 900 000 Mark, darunter 800 000 M. für das Rittergut Ruhlsdorf.

Die betr. Vorlage geht an einen Ausschuss. Es folgt die Beratung des Antrags der Bürgerpartei, den Magistrat zu erfinden, bei Aufstellung des Etats 1892/93 auf eine weitere Herabsetzung der Miethsteuer, namentlich auch durch gesonderte Besteuerung der dem Gewerbebetriebe dienenden Räumlichkeiten Bedacht zu nehmen.

Dr. Baillen begründet den Antrag. Die Bürgerpartei habe die bisherige Herabsetzung der Miethsteuer mit Freuden begrüßt und weitere erhofft. Diese Hoffnung scheine aber sich nicht erfüllen zu sollen, da der Magistrat, wie man höre, die künftigen Ueberschüsse zur Herabsetzung der Kommunalsteuer zu verwenden beabsichtige. Dem solle der Antrag entgegenwirken. Die Voraussetzung, daß die Steigerung der Einnahmen der Stadt auch ferner anhalten werde, sei durchaus berechtigt. Die letzte Entlastung habe übrigens nur etwas über 1 Million betragen, während man damals auf 2 Millionen Anfall rechnete. Dazu komme das neue Finanzregime vom 1. April nächsten Jahres ab; das neue Einkommensteuergesetz mit der Deklarationspflicht werde mindestens 10 % Mehreinnahme für den städtischen Säckel bringen, und so werde jedenfalls wieder ein Betrag zur Steuererleichterung vorhanden sein. Mit der Miethsteuer müsse aufgeräumt oder doch sie wenigstens bis zur Unkenntlichkeit reformirt werden. Lange genug habe die Brodsteuer diese drückende Last getragen. Der Antrag aber fasse nur das zunächst Mögliche ins Auge und spreche von der Abschaffung derselben nicht. Der Unwille der Bewohner richte sich nicht gegen die 100 pCt. Einkommensteuer, sondern gegen die Miethsteuer. An dieser weiter zu reformiren, dazu solle der Antrag dem Magistrat einladen. Der Zufall betreffs der gewerblichen Räume sei nicht von prinzipieller Bedeutung.

Stadtrath Hah will den Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung erledigen. Bei der diesmaligen Etatsberatung werde ja die Miethsteuer wiederum zur Sprache kommen und die Wünsche des Antragstellers erörtert werden. Zu der Vermuthung, daß der Magistrat einer weiteren Reduktion der Steuer abgeneigt sei, liege kein Grund vor. Zu Gunsten eines Antrages Meyer J. den Antrag Baillen dem Staatsausschuss zu überweisen, zieht Niebner seinen Antrag zurück.

Stadtrath Gerstenberg kann die Tendenz des Antrages nur billigen, findet es aber nicht opportun, ihn sofort anzunehmen; da könnte sonst in der Bürgerpartei die Frage aufgeworfen werden, weshalb uns unsere guten Gedanken immer erst vor den Wahlen kommen. (Große Heiterkeit.) Erst bei der Etatsberatung werde man übersehen können, wie weit den Wünschen des Antrages entsprochen werden kann. Das neue Einkommensteuergesetz, die Einverleibung der Mororie und das Polizeikostengesetz seien 3 unbekannte Größen, die man zuvor kennen müsse. Auch die bisherigen Ermäßigungen seien doch auf Anregung des Staatsausschusses erfolgt.

Stadtrath Singer: Ich vermahne mich gegen die letztere Ausführung. Weder der Staatsausschuss, noch die Versammlung, noch der Magistrat hätten zur Reform der Miethsteuer die Hand gerührt, wenn nicht der elementare Unwille der Bevölkerung über diese Steuer bis in das Rathhaus gedrungen wäre. (Widerspruch.) Der beste Beweis dafür liegt darin, daß Sie in der gewöhnlichen Deputation 8 Jahre gebraucht haben, um überhaupt eine Abmilderung der Reformbedürftigkeit der Miethsteuer zu bekommen. Wer sich der vor 2 Jahren gehaltenen Rede des Stadtraths Weise entsinnt, der sich so sehr für die Steuer ins Zeug legte, und der Rede des Herrn Gerstenberg, der sich ebenfalls vor einigen Jahren so begeistert dafür aussprach, der wird mit Recht anderer Meinung sein. Ich bin ein Gegner des Antrages Baillen, und zwar weil der jetzige Zeitpunkt ungünstig ist, diese Frage anzuschneiden.

Wenn die Versammlung wieder einmal eine platonische Verbiegung gegen die Reform der Miethsteuer nach diesem Antrage macht, könnte leicht eintreten, was wir beide nicht wollen, daß die Miethsteuer verewigt wird. Herr Baillen führt mit vollem Recht die Gründe für die Befreiung an; dieses Ziel wird erheblich beeinträchtigt, durch die fortwährenden Versuche hier und da ein Stückchen abzubrüdeln, gerade die Unterscheidung der gewerblichen Räumlichkeiten überweist den städtischen Behörde eine Aufgabe, die sie von der Befreiung der Miethsteuer absähen muß. Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt des Antrages Meyer, der vor einigen Jahren die Aufstellung des Etats unter Befreiung der Miethsteuer verlangte. Der frühere Rämmerer Runge hat es ausgesprochen: Es giebt nur eine Reform der Miethsteuer, das ist ihre Befreiung! Alle sonstigen Reformen werden den Stempel der Ungerechtigkeit tragen, denn sie verweigern eine im Prinzip verwerfliche, als Kopfsteuer wirkende, die Rämmerer schwerer belastende Steuer. (Widerspruch.) Es fragt sich nur noch: Ist die Stadt Berlin finanziell und moralisch in der Lage und gewillt, diese verwerfliche Steuer zu beseitigen? Hierbei kommt allerdings die neue

schließen, daß wir aus Eigenem dazugehen, lassen wir den Bericht des gewissen Polizei-Agenten Wichmann unverändert und im Wortlaut folgen.

Wichmann schreibt: „Da mit die Reibungen, welche zwischen dem ehemaligen Abgeordneten des „Wupperthales“, Herrn Haselmann, und der sozialistischen Parteileitung bestanden, nicht unbekannt waren, suchte und fand ich die Bekanntschaft und das Vertrauen des p. Haselmann und seines Intimus Lehrers Carl Schneider; in welchen beiden ich ein paar Elemente kennen lernte, welche moralisch viel zu wünschen übrig ließen, so daß es mich nicht wunderte, daß die sozialistische Parteileitung solche Geschöpfe öffentlich aus der Partei ausschloß; zumal es mir selber peinlich war, mich öffentlich mit denselben zu zeigen. Aber mein Beruf brachte es mal so mit sich, weshalb ich mich immer fester an diese „Sanktulen“ angeschlossen.“

Haselmann und Schneider bekannten sich frei und offen zum Anarchismus und ich pro Form nicht minder; weshalb sich unsere Unterhaltung ja hauptsächlich um Attentatsangelegenheiten drehte.“

Hier folgt nun im Berichte Wichmann's eine längere Auseinandersetzung über Haselmann's bekannte „chemische“ Spielereien, welche wir, als nicht zur Sache gehörend, fortlassen. Dann heißt es weiter: „Verschiedene Experimente, welche er (Haselmann) unternommen, schienen einen seinen Plänen dienlichen Verlauf genommen zu haben; da er Tag und Stunde festsetzte, um per Wagen gemeinschaftlich eine Tour nach ... zu machen, behufs Rekonstruktion der Gegend.“

Nachdem unsere Abfahrt auf 2 Uhr Nachmittag anberaumt war, will es der „Zufall“, daß Haselmann kurz vor 12 Uhr einen Brief erhält, welcher ihn in einer Geldangelegenheit schleunigst nach Berlin ruft; wodurch denn zunächst unsere Lusttour resp. seine Pläne vereitelt wurden.

Als Haselmann von Berlin zurückgekehrt war, hatte er seinen Plan betreffs ... aufgegeben, sprach vielmehr von seiner Flucht über Belgien, England nach Amerika, unterhält einen lebhaften Briefwechsel mit John Wolf, den Abhängerführer Hart Krappolin und schrieb einige Nord- und Brand-Artikel für die „Freiheit“. Sein

Finanzwirtschaft in Betracht. Das ist für mich ein neuer Grund gegen den Antrag Baillen. Wir wollen freie Hand behalten für die Aufstellung des neuen Etats. Ich bin bezüglich der Selbst-einschätzungs-Ergebnisse optimistisch und zwar aus einer 6-8jährigen Erfahrung in der Einschätzungskommission. Ich kann Sie versichern, Sie werden ganz ungeahnte Erfahrungen machen, wie weit bisher auch in Berlin — allerdings nicht so weit wie in Bochum — Steuern dem Staate und der Gemeinde nicht angemeldet werden. Die Einschätzung wird über 80 Millionen ergeben. Die 100 pCt. sehe ich nicht so wie der Antragsteller als unabweisliches Fatum an; die Einkommensteuer ist doch ein beweglicher Faktor. Wir werden bei der nächsten Etatsberatung diesen Antrag stellen und die Möglichkeit der Ausführung darthun, aber eben deshalb heute keinem Antrag zustimmen, der quasi eine Verweigerung ausdrückt.

Rämmerer Maas bekunnt sich als einen e-chaufastischen Anhänger der Miethsteuer. Von ihrer Aufhebung könne doch nur unter den heutigen Verhältnissen Jemand sprechen, der event. 300 pCt. Kommunalsteuer bewilligen wolle. Auf 50 pCt. das Mehraufkommen aus der Einkommensteuer zu schätzen, halte er nicht für berechtigt; er werde froh sein, wenn er 15 pCt. in der Tasche habe. Die Situation werde sich erst bei der Etatsberatung klären.

Der Antrag wird dem Staatsausschuss überwiesen. Schluß 8 1/2 Uhr.

Lokales.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben folgenden Antrag bei der Stadtverordneten-Versammlung eingereicht:

- Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen: 1. in Gemäßheit des § 120 Abs. 4 der Gewerbe-Ordnung den Entwurf eines Ordnungsstatuts vorzulegen, durch welches den männlichen Arbeitern unter 18 Jahren die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule auferlegt wird; 2. in den Fortbildungsschulen über die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten, sowie über die Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzgebung unterrichten zu lassen.

In dem Mammonstempel in der Burgstraße — der Berliner Börse — herrscht seit einigen Tagen das graue Keld: der Pleitegeier geht um und suchet, wen er noch verschlinge. Den wegen ihrer segensbringenden Thätigkeit von uns hochverehrten Börsenjobber sind ob der Vorgänge der letzten Wochen ein arger Schrecken in das schlotternde Gebel gefahren. Die Zahl der Fallimente hat sich derart gehäuft, daß Niemand mehr so recht weiß, wer noch „sein“ ist, oder wer schon mit einem Fuß im Handelsgericht steht, um den Konkurs anzumelden. Nach Schmelde kam der Leosehändler Kuhse an die Reihe, dann wackelten die stolzen Hinnen des Kaiserbazar und schließlich brach die Firma Hirschfeld u. Wolff jährlings zusammen.

Unsere Leser wissen, wie wir über die Börsenspekulationen denken, welche mit Handelsgeschäften nichts mehr zu thun haben, sondern lediglich dazu dienen, der Spielwuth zu frohnen und möglichst schnell müdelos Geld zusammen zu scharren. Es sind das Erscheinungen, wie sie der Klassenstaat zeitig und zeitig muß. Wir können aber nicht umhin, unseren Lesern, denen ja die Praktiken, wie sie unter dem „Gißbaum Börse“ äppig ins Kraut schießen, nicht bekannt sind, einen Einblick in dieselben zu eröffnen.

Da ist der Inhaber der verkrachten Firma — natürlich ein „Kommerzienrath“ — welcher ununter wirtschaftet, obwohl er weiß, daß er seinen Verbindlichkeiten nicht mehr nachzukommen vermag. Ueber das Privatleben dieses Herrn kürzten Gerächte, von denen wir glauben wollen, daß sie übertrieben sind. Wenn aber auch nur die Hälfte davon wahr ist, ist's noch immer schlimm genug. Der Herr Kommerzienrath gab für ein frugales Abendessen bei Dressel oder Uhl fast regelmäßig 200 M. aus, — eine Summe, welche sehr vielen Arbeiterfamilien für's ganze Jahr nicht zur Verfügung steht. Diese 200 M. Abende sind der Maßstab, welcher an den Haushalt und die sonstigen Passionen des Herrn Kommerzienraths angelegt werden muß. Mit vollen Händen wurde Geld hinausgetrent, als das eigene zu Ende war, kam das anderen Leuten gehörende an die Reihe...

Intimus Karl Schneider billigte den Fluchtplan, da er mehr Ständiger wie Knopfe im Anzuge hatte und die von Haselmann ins Leben gerufene „Hafenszeitung“ bereits wieder entlassen war.

Nachdem ich Kommissar Engel von „Allem“ eingehend unterrichtet hatte, billigte er meinen Plan, den beiden selber fortzu helfen, um mein Vertrauen bei denselben auf's Gucste zu befestigen.

„Gut Berabredung führen, um Aufsehen zu vermeiden, Schneider und ich, bald nach Mittag von der Landungsbrücke in St. Pauli nach Harburg ab, während Haselmann nebst Braut erst um ca. 5 Uhr folgen wollten und thaten. Als wir in Harburg den Koffer nach zollpflichtigen Gegenständen revidiren lassen sollten, stellte sich heraus, daß Schneider den Schlüssel zum Koffer vergessen hatte, welches er für ein böses „Ohmen“ hielt und schon im Geiste seine Flucht vereitelt sah. Hierin wurde er noch mehr bestärkt, als Haselmann's Braut uns mit der Reuigkeit entgegen kam, der Kommissar Engel sei mit ihnen gelandet und befände sich noch am Dampfschiffe. Ich konnte mir diese „Unvorsichtigkeit“ nicht erklären und suchte es auf Trethum zurückzuführen, fing aber doch an zu zweifeln, als ich die Kriminalbeamten Götgens und Kam obendrein in unserer Nähe erblickte, welche mich besondere Aufmerksamkeit zu schenken schienen. (Selbige kannten meine Stellung d. H. noch nicht.) Und in der That erkläre ich Hintergründe dieser Szene der Kommissar Engel. Doch ein mir verständlicher Wind beruhigte mich. (Da ich selber an Verhaftung glaubte.) Zumal p. Engel sich seitwärts in die Büsche schlug, worauf wir unbedenklich „unsere“ Flucht fortsetzen konnten. Nachdem wir uns ein wenig darauf Speis und Trank gefäckt hatten, begaben wir uns zum Bahnhof; doch kaum dort angelangt, will Haselmann wieder den Kommissar Engel gesehen haben (er hatte sich auch nicht geirrt); weil aber die Anderen nichts wahrgenommen hatten, suchte ich ihn zu beruhigen, welches aber nicht eher gelang, als bis er den Zug bestiegen und Engel nirgends gewahrte, worauf, unter dem Versprechen baldigen Schreibens, Abschied genommen wurde.

Durch diese meine Weibhülfe zur „Flucht“, kam ich bei den Anarchistenführern in großes

Wie Karl Schneider aus Deutschland „flüchtete“.

Eine heitere Geschichte aus den Papieren eines „Blauärbers“.

Herr Karl Schneider, derzeit Herausgeber und Redakteur des „Spottvogel“, dieser Ehrenmann, dessen „Vielseitigkeit“ als Redakteur sozialdemokratischer, anarchischer und — national-liberaler Zeitungen wir zu bewundern schon früher Gelegenheit gehabt haben, gebent sich heute Abend den Berliner Arbeitern von einer neuen Seite zu zeigen, von der des „Volksredners“. Herr Schneider will über das Thema sich auslassen: Die Bedeutung der Opposition für das Staats- und Parteileben.“

Wir gestehen, daß wir diese Wahl für eine sehr glückliche halten. Denn Herr Schneider hat während seiner politischen Laufbahn, vom einfachen Privat-Schullehrer ohne Stellung bis zum Hauptmitarbeiter der „Freiheit“ und von da zurück bis zum wasserblauen Nationalliberalismus, die ganze Skala der „gesinnungstüchtigen“ Opposition mit durchgemacht. Wenn also Einer derselben ist, über die „Bedeutung“ der Opposition zu sprechen, so ist es sicher Herr Schneider.

Welche Abenteuer hat derselbe auf seiner oppositionellen Laufbahn nicht erlebt! Nicht genug, daß ihm das Unglaubliche passierte, als Redakteur eines nationalliberalen Blattes des Hochverrats beschuldigt und in Untersuchung gezogen zu werden, Schneider hat auch den gewis einzigen Fall miterlebt, in Gesellschaft mit seinem Freund Haselmann, auf Anraten und unter Begleitung eines Polizei-Agenten als „gefährlicher Anarchist“ ins Ausland geschickt zu werden!

Sonst ist es die Aufgabe der Polizei, Personen, denen man Hochverrath, Attentaterei u. zutruut, einzufangen, in diesem Falle aber wurden sie über die Grenze in Sicherheit gebracht.

Wie das zugeht, das mögen die Leser des „Vorwärts“ aus der Darstellung des Arrangements der „Flucht“, des Blauärbers und gewissen Polizei-Agenten W. Wichmann in Altona selbst erfahren. Um die Wirkung dieser Schilderung nicht abzuschwächen und um den Verdacht auszu-

Die Bankrotte Firma hat sich auch an einer ganzen Anzahl „Gründungen“ beteiligt, der Chef wurde naturgemäß in den Ausschüssen „gewählt“. Die Tuchfabrik Kaden, die Ober-schlesische Baumwollfabrik, Arbeitsstätte Didier, Berliner Brauerei Friedrichshöhe (Pagenhofer) und die Weißbier-Brauerei vorm. Karl Vonder hatten die Ehre, den Herrn Kommerzienrat in ihrem Ausschuss sitzen zu sehen. Die beiden Brauereien „liegen derb drin“: Pagenhofer mit 170 000, Landré mit 300 000 M. Pagenhofer hat bisher ca. 40 pSt. Dividende bezahlt, jetzt werden die armen Aktionäre „nur“ noch 28 pSt. schicken können. Landré zahlte bisher etwa 7 pSt., jetzt wird's wohl eine ganze Weile gar Nichts geben. Diese Gesellschaften bebauern wir nicht, sie halten's aus und können den Verlust tausendmal leichter verkraften, als etwa die bekannten „kleinen Leute“, die sonst gewöhnlich ihre Haut und ihre Ersparnisse zu Markte tragen müssen.

Die Börse soll, so berichtet die Börsen- und Schlusschein-Presse, den Fall sehr „streng“ beurteilen, ja einer der gerissensten Jobber soll eine derartige moralische Entrüstung an den Tag gelegt haben, daß er voll Berkürzung den Falschheid geleistet haben soll, in Zukunft nur noch reelle Geschäfte zu machen. Das ist ungefähr daselbe, als wenn ein Eindreher seinen Zuchthaus-Kollegen einen Epitheten schimpft.

Der verkrachte Geschäftsinhaber hat sich mit Kleinigkeiten wahrlich nicht abgegeben, 8 Millionen beträgt etwa die Unterbilanz, 5 Millionen der Fehlbetrag, — das läßt sich doch noch hören! Es sollen sehr hochstehende Herren mit ziemlichlichen Summen „hineingeschoben“ sein, die „feine“ Firma nahm Alles, was zu nehmen war. Einige Tage wird an der Börse die Aufregung über diese neueste Plette wohl anhalten, dann aber kommt ein neues aufregendes Ereignis und „Hirschfeld u. Wolff“ sind genau so vergessen, wie ihre ungezählten Vorgänger. Der Tanz um's goldene Kalb läßt den Reuten keine Zeit, sich bei Ereignissen lange aufzuhalten, der Mammonsdienst ist aufregend, er läßt den Menschen alles Menschliche vergessen. . . .

Wie wir vor einiger Zeit mittheilten, ist eine Petition an den Reichstag in Umlauf gesetzt, welche die Beseitigung des § 186 des deutschen Straf-Gesetzbuchs wünscht. Dieser Paragraph ist der bekannte Gotteslästerungs-Paragraph, welcher in seiner Dehnungsfähigkeit dem Groben-Unsinn-Paragraphen würdig zur Seite steht und als solcher zahllosen Verurtheilungen mit oft staunenswerthen Urtheilsgründen als Unterlage dient. Dieselben haben sich wie bekannt auch besonders zahlreich gegen unsere Gefinnungsgenossen gerichtet. — Um für die fragliche Petition, welche dem nächsten Zusammentreten des Reichstages zu gestellt werden soll und schon mit Tausenden von Unterschriften versehen ist, noch möglichst viele Unterschriften zu gewinnen, findet nächsten Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Fein-Palast zu Gunsten der Freiwilligen Gemeinde eine große Volksversammlung statt, in welcher Stadt. Vogtherr referiren wird.

Die zynische Gemeinheit des „Berliner Börsen-Courier“, des Blattes für das Zuhälterthum im Fein, das besser stürzte, zahlungsfähige Kolottentum und der Jobber, ist gewiß bekannt genug, als daß das Blatt nötig hätte, immer erneut der Mitschuld in Erinnerung zu bringen, daß es außerhalb jeder Moral und jeder anständigen Meinung steht.

Dies notorisch veruntreute, verlotterte Blatt im ganzen geeinten Germanien hat die Unverschämtheit, sich folgenden Satz aus Paris schreiben zu lassen:

Seidem (nämlich seit Beseitigung der Kauf- und Orgien-gelage des bisherigen Kirchhofinspektors) geht es für gewöhnlich ruhig und anständig zu auf dem Pare-la-Chaise und wer daselbst Raucherdinge beobachten will, findet dazu nur in den letzten Maitagen Gelegenheit, wenn die Ueberlebenden der Kommune sich auf den Gräbern ihrer erschossenen Kameraden gegenseitig mit Revolver und Todtschläger den sozialistischen Standpunkt klar machen.

Das Wigel, das solche schamlosen Gemeinheiten seinem Blatte anläßt, und das Börsenblatt selber, das diesen Ausschümpfungen Unterschulps in seinen Spalten gewährt, obgleich es genau weiß, welche Infamien sie in sich schließen, fährwahr, die beiden ergänzen sich und passen zu einander.

In Aldershof werden die „geistigen Waffen“ munter gegen die böse Sozialdemokratie geschwungen. Der dortige Amts-vorsteher behütet fürsorglich die Jugend, damit sie nicht in einem Lokale das Tanzbein schwinde, in welchem die Sozialisten zusammenkommen und ihre Meinungen austauschen. Ein Tanz-lehrer L. aus Berlin beabsichtigte, die Jugend von Aldershof in der edlen Kunst des Tanzens zu unterweisen und wollte den Unterricht bei Wiedemann und Manoski abhalten. Allein er hatte die Rechnung ohne den Herrn Amtsvorsteher gemacht, welcher hierzu seine Erlaubnis nicht erteilte. Er motivirte die Verweigerung derselben etwa folgendermaßen: Er wolle nicht, daß die jungen Leute, welche den Tanzunterricht genießen, in Lokalen verkehren, in denen Arbeiter ihre Versammlungen abhalten.

Sonst ist Aldershof ruhig! Auch Tempelhof erfreut sich eines Amtsvorstehers, der nicht mit sich spaßen läßt. Dem war jedes Plakat, welches an den Anschlagtafeln zum Abonnement auf den „Vorwärts“ ein-ladete, ein Dorn im Auge. Kurz entschlossen, verbot der Herr das Ankleben der Plakate an sämtlichen Anschlagtafeln der Westend Tempelhof. Unsere dortigen Parteigenossen ersuchen wir, da uns die öffentliche Agitation für unser Blatt in Tempelhof erschwert

Ansehen und Vertrauen. Ich erhielt Briefe aus Gegenden, wovon ich selber keine Ahnung hatte. Ich erhielt über-haupt fortan Kenntniß von Plänen, welche ich leider nicht wiedergeben kann und der Deffentlichkeit vor-enthalten muß.

Unserer Verabredung gemäß erhielt ich bald nach der „Flucht“ einen Brief aus Brüssel, woraus ich erseh, daß Sie bereits wehrer Zusammenkünfte der Anarchisten beizuwohnt, mich den dortigen „Genossen“ warm empfohlen hätten und ihre „Flucht“ in's gehörige Licht zu setzen ver-standen hätten. Jetzt erlaube ich auch definitiv daß sie sich getrennt, Schneidit sich nach Frankreich und Dassel-mann nach London begeben würden, woselbst ich aber all warm bei den Anarchisten empfohlen wurde. Within meinen Zweck vollkommen erreichte.

Unter solchen Umständen war es denn auch nicht zu verwundern, daß die Altonaer politische Polizei, speziell Kommissär Engel, welcher über die Vorgänge im Lager der Anarchisten unter-richtet war, wie das Polizeipräsidium resp. der Direktor Krüger in Berlin selbst.

Das ist die, gewiß nach vielen Seiten interessante Geschichte, der „Flucht“ der beiden „Sozialrevolutionäre“ Schneidit und Hagemann aus Deutschland. — Der Agent des Polizeikommissärs Engel bei den anarchischen Gruppen des Auslandes, durch Hagemann und Schneidit warm empfohlen — das war also der wirkliche Erfolg jener von Hagemann in unsere Partei getragenen Opposition, als er erklärte: „Die Zeit des parlamentarischen Geschwätzes sei vorüber und die Zeit der Thaten beginne!“ — Wahrlich reizende „Thaten“ das, wie sie uns durch Wichmann enthüllt werden.

Und dieser Schneidit, den ein — Wichmann überstülpte und der sich von dieser Kreatur des Polizeikommissärs Engel ins Ausland foppen ließ, um dort zum unbewußten Werkzeug der Polizei und zum Ver-räther an den eigenen Gefinnungsgenossen gebraucht zu werden, der will jetzt Berliner Arbeiter die „Bedeutung der Opposition für das Staats- und Parteileben“ klar machen!

Ist denn die Scham wirklich zu den Hundst entflohen?!

ist, in Versammlungen und durch persönliche Aufforderung darauf hinzuwirken zu wollen, daß der „Vorwärts“ nach Tempelhof in einer so statthabenden Auflage geliefert wird, daß die Zahl der dortigen Anschlagtafeln vervielfacht werden müßte, wenn sie auch nur zum Ankloben des Kopfes unserer Zeitung ausreichen sollten.

Im Uebrigen ist die Ruhe in Tempelhof nicht gestört worden!

Die Drucker von Seydel u. Co., Neue Friedrichstr. 48, hatte am 14. Oktober allen den Gehilfen gekündigt, welche dem U. V. D. W. angehörten. Am Tage der Entlassung wurde an die Gehilfen das Ansuchen gestellt, aus dem Verband auszutreten. Thäten sie das, könnten sie weiter arbeiten, es würde sogar Zulage u. s. w. geben. Das Ansuchen wurde selbst-verständlich abgelehnt. Daraufhin eilte der Faktor zur Polizei und erbat sich für den Abend polizeiliche Hilfe, die ihm ohne Weiteres gewährt wurde. Vor dem Auszug wurden Schutz-leute postirt, welcher Jeden, der sich herausnahm, einen Augen-blick auf dem Bürgersteig stehen zu bleiben, zum sofortigen Weitergehen aufforderten. Die Entlassenen sahen in einem in der Nähe gelegenen Lokal. An den Besizer desselben erging von verschiedenen Seiten die Aufforderung, den Gehilfen den Besuch seines Lokals zu verbieten. Am Montag überbrachte ein Lehrling dem Wirth ein Schreiben etwa folgenden Inhalts:

Nach reiflicher Ueberlegung müssen wir Sie ersuchen, den von uns am Sonnabend entlassenen Gehilfen Ihr Lokal zu verbieten, da sonst die von uns jetzt engagirten Gehilfen bei Ihnen nicht verkehren dürfen. Wir wir gehört haben, sind schon früh Morgens einige von den entlassenen Gehilfen bei Ihnen. Wir möchten Ihnen empfehlen, diesen das Lokal zu verbieten, da es sonst zu Unlieblichkeiten zwischen den Arbeitern und den Entlassenen kommen könnte.

Ergebnis  
Seydel u. Co., Neue Friedrichstraße 48.  
Bis heute sind die so sehnlich erwarteten „Unlieblichkeiten“ ausgeblieben, — gewiß zum großen Kerger der Herren Seydel und Co.

Die Arbeiterinnen der Schuhbranche haben es bis heutigen Tages zu einer Organisation nicht bringen können. Wir wollen heute nicht auf die Gründe eingehen, welche es gerade für die in dieser Branche beschäftigten weissen Sklavinnen besonders schwierig machen, sich zu vereinigen, wir wollen nur einen Fall anführen, welcher zeigt, wie notwendig gerade hier eine straffe Organi-sation wäre. Die Arbeitsstunden-Verhältnisse dieser Arbeiterinnen sind trauriger Natur. Ein solches Geschäft in der S.-Straße läßt etwa 20 junge Mädchen für sich arbeiten. In einer ein-senkrigen kleinen Stube, etwa 4 1/2 Meter lang, 8 Meter breit arbeiten 16 (sechzehn) Mädchen während der kurzen Tage, wie wir sie gegenwärtig haben, muß während eines großen Theils der Arbeitszeit Gedulst gebrannt werden. Dasselbe entwickelt eine so intensive Hitze, daß die Mädchen nicht selten Ohnmachts-anfälle zu überstehen haben. Die Luft ist so, daß es ein normaler Mensch mit normalen Lungen nicht eine Stunde darin aushalten kann. Der Arbeitgeber hat freilich eine große geräumige Woh-nung, aber sein Salon ist eben nicht für seine Arbeiterinnen da. Das ist nur ein Fall, er ist aber noch lange nicht der schlimmste in dieser Branche. Abhilfe ist nur zu erwarten, wenn die Arbeiterinnen sich organisiren und gemeinsam vorgehen zum Kampf gegen so schreiende Mißstände.

Der „Kommerzienrat“ Wolff ist gestern wegen betrügerischen Bankerotts verhaftet worden.

Wir erhalten folgende Verichtigung: In Nummer 254 dieser Zeitung, Beiblatt vom 30. Oktober wird unter der Ueber-schrift „Gemüthmenschen“ das Verhalten eines Berliner Haus-wirthes gerügt. Die dort gegebene Darstellung ist dahin richtig zu stellen, daß die Ehefrau des Miethers nicht zur Arbeit geht, sondern zu Hause arbeitet, daß sie sich selbst über den großen Lärm der vielen Kinder — in dem Hause wohnen 12 Kinder — dem Hauseigentümer gegenüber mit der Bitte beklagt hat, für Ruhe zu sorgen, da ihr Mann bisweilen Nachts arbeitet und bei Tage schlafen müsse. Dasselbe Mißverhältnis ist von vielen anderen Miethern erhoben worden. In deren Interesse hat der Eigentümer dann angedroht, daß die Kinder auf dem Hofe nicht spielen dürfen. Nimmere will der Miether sich dieser Anordnung nicht fügen und duldet es, daß seine Kinder auf dem Hofe lärmen, während er bey. seine Frau den Lärm anderer Kinder nicht dulden wollte. — Hochachtungsvoll Gründler.

Von allen Zeugnisaussagen, welche in der Untersuchung gegen den Raubmörder Wegel eine Rolle spielen, ist wohl am wichtigsten die des Monteurs Sturm, welcher am Sonnabend vom Untersuchungsrichter vernommen worden ist. Durch ihn ist am Morgen nach der Wirthschaft der Verdacht zuerst bestimmt auf Wegel gelenkt worden. Sturm, der im Auftrag einer aus-wärtigen Maschinenfabrik hier in der Geschützerei thätig ist, war kurz vor Ankunft des Mörders im Schändertischen Gasthof eingekehrt, wo er auch heute noch wohnt. Am Donnerstag, den 20. August, lernte er Wegel kennen; dieser stellte sich ihm als Wieland vor, und als Sturm dem Fremden seine Karte über-reichte, sagte dieser, daß er ebenfalls Monteur sei, allerdings nicht in Spandau, sondern in der Umgegend. Wegel fragte sodann, ob Sturm viel Geld mit sich zu führen pflege, worauf dieser erwiderte, daß er mitunter schon 2000 M. bei sich gehabt habe; er schloß aber gleichzeitig Verdacht gegen Wegel, da er an dessen wohlgeputzten Händen sah, daß dieser nicht Monteur sein könne. Wegel entfernte sich bald darauf, und Sturm machte den Wächter des Gasthofs, Herrn Latendorf, auf Wegel aufmerksam und rief ihm, vorsichtig zu sein. In der Mittagsstunde kam W. zurück und fragte St., wohin er gehe, worauf ihm dieser erwiderte, daß er nach der Geschützerei müsse; W. wollte ihn dorthin begleiten. Sturm erklärte indeß, daß dies nicht angehe; trotzdem hat W. später über eine Stunde lang vor dem Eingang der Geschützerei auf St. gewartet, ohne letzteren zu treffen. Am späten Nachmittage trafen sich beide wieder im Gasthof und tranken zusammen ihren Kaffee. Hierbei lud W. den St. zu einem Spaziergang ein, und sie besuchten dann beide mehrere Lokale mit weiblicher Bedienung. W. hatte zu dieser Zeit nur ein Dreimark und ein Zwaimarkstück in seinem Portemonnaie. Es fiel dem St. auf, daß W. sehr bekannt mit den Mädchen war, wiewohl er erklärt hatte, daß er in Spandau fremd und aus Mecklenburg gebürtig sei, woselbst sein Bruder Förster wäre. Nach dem Abendessen gingen beide nach dem Restaurant „Zum Stern“, vorher aber jagte W. zum Gastwirth Latendorf, falls sein Ingenieur käme, möchte er sagen, daß er, W., abgereist sei. Es ist dann auch thatsächlich ein junger Mensch von 18 bis 19 Jahren bei Latendorf gewesen, welcher nach Wegel gefragt hat. In dem erwähnten Restaurant lud W. den St. wieder zu einem Spaziergang und zwar nach dem Spandauer Bod ein. Sie schlugen beide denn auch, als es schon etwas finster war, den Weg dorthin ein und postirten die Freiheitswaise. Zwischen der Kaserne und dem Bahnhofs-ergange fielen hinter ihnen plötzlich vier bis fünf Schüsse. Sofort zog Wegel einen Revolver aus der hinteren Hosentasche und schoß gleichfalls fünf Schüsse ab. Sturm glaubte, er hätte auf ihn geschossen und zog daher schleunigst sein Taschenmesser, zumal da er vermutete, daß die vorher abgefeuerten Schüsse ein verabredetes Signal gewesen seien. Er merkte auch, daß W. von neuem lud und jandete ein Streich-holz an. St. nahm dem Wegel dann den Revolver aus der Hand und beschloß sich denselben. Die Schusswaffe hatte einen klauen Lauf und war mit Knochentexten besetzt; das Kaliber schätzte St. auf 7 mm. Mit diesem Revolver hat Wegel am folgenden Sonntag-Abend den Kommann Hirschfeld ermordet. St. ging nun mit W. nach dem Bod und, da sich keine Folgegelegenheit fand, später zu Fuß nach Spandau zurück. Auf dem Rückwege hielt sich Sturm vorsichtshalber immer etwas hinter Wegel. Am

Sonntag Morgen 7 Uhr weckte Wegel den Sturm durch Klopfen am Fenster. Während dieser sich ankleidete und Wegel zum seinem Fenster verweilte, fand sich der bereits erwähnte junge Mann von 18—19 Jahren noch einmal im Gasthof ein; Wegel zeigte demselben den Revolver, welchen er in Papier eingewickelt hatte. Sturm traf den Wegel dann am Sonntag, den 22. August, Nachmittags, zufällig auf dem Wege nach dem Kaisergarten in den Hühlsbergen. Sturm hielt sein Taschenmesser in der Tasche bereit, dann gingen beide nach dem Bod; auf dem Rückwege machte Wegel den Vorschlag, doch weiter in den Bod zu gehen, da der Weg näher sei, später legte er sich auch in eine Vertiefung um Blumen zu pflücken; als Sturm sich einmal nach Wegel umdrehte, sah er, daß dieser den Revolver auf ihn ge-richtet hatte. Die Behauptung Wegels, daß er drei Komplizen gehabt habe, wird als eine völlig nichtige angesehen. Dagegen hält man es immerhin für möglich, daß er in dem bezeichneten jungen Menschen einen Mitwisser des Verbrechen hatte. Wegel nimmt fortgesetzt nur wenig Nahrung zu sich.

Ein mysteriöser Selbstmord beschäftigt seit gestern Abend die Polizei. Kurz nach 9 Uhr klopfte es an die Thür der in Seitenflügel des Hauses Brunnenstr. 118, vier Treppen hoch gelegenen Wohnung der Tischler Schultze'schen Eheleute. Als nicht geöffnet wurde, pochte es zum zweiten Male, und ein junger etwa 16 Jahre alter Mensch forderte von der die Thür nunmehr ein wenig öffnenden Frau Schulz in ungestüher Weise Einlaß, da er verfolgt werde und sich nur auf einen Augenblick verbergen wolle. Da die Inhaberin der Wohnung den Betreffenden nicht kannte, so verweigerte sie die Erfüllung seines Wunsches und schloß die Thür wieder zu. Der Unbekannte setzte sich nun auf das Fensterbrett des Treppenaufganges und wurde hier noch um 9 1/2 Uhr von der in demselben Hause wohnenden Wittve Gänther und deren Sohn Emil bemerkt. Kurze Zeit nachher wurde es auf dem Hofe lebendig; man lief mit Laternen hin und her, und die genannten Frauen sahen aus den Fenstern heraus einen zer-schmetterten menschlichen Körper auf dem Hofe in seinem Blute liegen. Der junge Mann war aus dem Fenster des vierten Stockwerks herabgekrungen und hatte sofort seinen Tod ge-funden. In dem Selbstmörder ist der Postgehilfe Rief und der Aufklärer ermittelt worden. Wenn man auch als Motiv Anfangs Verfolgungswahn anannah, so wird dies durch einen an den Vater hinterlassenen Brief zunichte gemacht. Soviel jetzt ermittelt worden ist, haben etwa begangene Straftaten den Entschluß nicht herbeigeführt, sodas man vor einem Missethäter. Der Vater, gleichfalls ein Beamter, hat die Leiche seines Sohnes bereits rekonozit.

Polizeibericht. Am 4. d. M. Morgens wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Kesselfranke erhängt vorgefunden. — In der Wohnung kürzte sich ein unbekannter, etwa 35 Jahre alter Mann gegenüber dem Hause Löhner-Str. 17 in den Landwehr-Kanal und ertrauf. — In dem Hause Grenadierstr. 80 fiel Nachmittags ein elfjähriges Mädchen, als es auf dem Treppengelände hinabsteigen wollte, aus dem dritten Stock in den Hausflur hinab und erlitt außer einem Armbruch und einer Verrenkung des Unterarmes anscheinend so schwere innere Verletzungen, daß seine Aufnahme in das St. Hedwigs-Krankenhaus erfolgen mußte. — Vor dem Hause Spenerstr. 12 wurde Abends ein etwa 20jähriger junger Mann mit einer bedeutenden Verletzung am Kopfe, welche er angeblich bei einer Schlägerei erhalten hat, aufgefunden und nach dem Krankenhause in Moabit gebracht. — Zu derselben Zeit kürzte sich ein unbekannter, etwa 20jähriger Mann aus dem Fenster im vierten Stock des Hauses Veranauerstr. 118 auf den Hof hinab und verstarb auf der Stelle. — Im Hause des Tages und in der darauffolgenden Nacht fanden drei kleine Brände statt.

## Gerichts-Beilage.

Die Verordnung betr. Erheben von Eintrittsgeldern bei Versammlungen, welche der Regierungspräsident von Pots-dam für seinen Bezirk unter dem 7. Januar 1890 erlassen habe, ist nimmere von dem Kammergericht ebenfalls für ungültig erklärt worden. Diese Verordnung, welche in ihrem Wortlaut von der bereits früher für ungültig erklärten des Regierungspräsidenten zu Arnberg (vergl. „Vorwärts“ Nr. 164 v. 17. Juli ex.) ab-weicht, besagt, daß es der vorgängigen schriftlichen Genehmigung der Polizeibehörde bedarf, wenn vor Beginn, während oder im Anschluß an eine „öffentliche“ Versammlung, in welcher öffent-liche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, Gebüh-ren erhoben werden sollen, deren Zahlung oder Höhe dem Belieben der Theilnehmer überlassen ist. In einer Anklageacte gegen den Glasmacher Mittelte aus Charlottenburg wegen Uebertretung dieser Verordnung habe sowohl das Schöffengericht in Charlottenburg als das Landgericht II freigesprochen. Nachdem die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt hatte, schloß sich durch Urtheil vom 5. November auch das Kammergericht den Vorentscheidungen an. Die Begründung des diesmaligen Urtheils lautet: Der von dem Staatsanwalt ange-brachte § 6 d. des Ges. über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, welcher der Polizeibehörde den Erlaß von Anordnungen im Interesse der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit bei Versammlungen gestattet, treffe nicht zu, weil die Regierungs-verordnung jede Sammlung von einer Genehmigung abhängig mache, auch wenn Ruhe und Ordnung dadurch nicht gefährdet würde. Die Bestimmung des § 6 a. desselben Gesetzes, welche der Polizei gestatte, Verordnungen im Interesse des Schutzes der Per-sonen und des Eigentums zu erlassen, könne nicht geltend ge-macht werden, weil es nicht abzusehen sei, inwiefern Per-sonen und Eigentum eines polizeilichen Schutzes gegen gegen die Erhebung freiwilliger Beiträge zu erlaubten Ver-sammlungszwecken bedürfen könnten, die allgemeine Befugnis der Polizei-Anordnungen im besonderen Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen zu treffen (§ 61 des Gesetzes), könne ebenfalls nicht angerufen werden, weil es nicht ersichtlich sei, welche be-sonderen Verhältnisse des Reg.-Bez. Potsdam eine solche Verordnung berechtigt machen könnten. Endlich könne auch die Jurisdiktion betr. das Kollektwesen von 1825 nicht zur Ver-urteilung herangezogen werden, weil diese die Regelung der Materie den Ortspolizeibehörden entziehe.

Es ist zu bemerken, daß im Reg.-Bez. Potsdam eine gültige Verordnung, welche öffentliche Kollekte von behördlicher Ge-nehmigung abhängig macht, nicht besteht, weil die Regierungs-verordnung vom 6. Juli 1886, welche diesen Inhalt hatte, eines Formmangels wegen für ungültig erklärt worden ist.

Der Prozeß wegen betrügerischen Bankerotts, welchen das hiesige Schwurgericht im April d. J. gegen die Brüder Max, Nathan und Wilhelm Blumenthal verhandelt hat, hatte noch ein kleines Nachspiel, welches gestern das Schwurgericht beschloß. Vor demselben stand diesmal der Kaufmann Josef Str a u h unter der Anklage der Beihilfe zu dem Blumenthal'schen betrügerischen Bankerott. Max und Nathan Blumenthal betrieben ein Tuch- und Garderobengeschäft auf sehr schwindelhafter Grund-lage; dasselbe brach im Sommer 1889 zusammen, die Angeklagten unterhandelten mit den Gläubigern über einen Akkord auf der Basis von 20 pSt. und Moses Strauß übernahm die Garantie für diesen Akkord. Beim Zusammenbruch des Geschäfts wurde eine Unterbilanz von 47 000 Mark festgestellt und die Forderungen der Kreditoren auf ca. 85 000 Mark berechnet, doch sollen sich unter diesen Forderungen sehr viel phantastische Posten befinden haben. Die Hauptgläubiger sind damals dem vorgeschlagenen Akkord beigetreten, Moses Strauß aber, welcher gleichfalls zu den Gläubigern gehörte, soll ihnen nach Ver-abredung mit den Blumenthal's einen Strich durch die Rechnung



